

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher 37 Amt Donau 202 bis 207
Telegrammbriefe: Sozialdemokratisches Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise
siehe am Schluß des erscheinenden Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kriegserklärung an Schleicher

Reichstag, arbeite! Die Pflicht der Stunde

Hugenberg verlangt Rücktritt der Regierung, weil sie nicht „autoritär“ genug ist!

Von S. Aufhäuser

Der angekündigte Vorstoß der Deutschnationalen gegen Schleicher ist nun erfolgt. Mit der Robustheit, die den preussischen Granden eigentümlich ist, geben sie dem Kanzler einen Fußtritt, weil er ihre habgierigen Wünsche nicht in vollem Umfange zu erfüllen scheint. Natürlich drapieren sie ihre Abgabe mit dem Gemeinwohl — Deutschnationale haben nie anderes als das Gemeinwohl im Auge gehabt — von den Junkern im Osten bis zu den Schlotbaronen im Westen. Die Proklamation der Autoritären gegen die zweite autoritäre Regierung lautet:

partei vor einer solchen Entwicklung ständig gewarnt. Bei ihren Anhängern im Lande und darüber hinaus hat das Versagen der Regierung steigende Enttäuschung und Gegnerschaft hervorgerufen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion gibt erneut ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die Staats- und Wirtschaftskrise nur durch eine starke Staatsführung überwunden werden kann.

Stimmten Erklärungen von den ihm nachgefolgten Absichten abdrückt. Aber wir sind durch Erfahrung gewöhnt, solchen Dementis gegenüber sehr vorsichtig geworden.

Wir erinnern uns an die halbamtlichen Erklärungen und Beteuerungen aus der Zeit, in der es mit Papen ungefähr so stand wie heute mit Schleicher.

Es ist daher unsere Pflicht, die Arbeiterklasse nicht nur, sondern alle denender Grundjah der Verfassung, nach der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, keine leere Phrase ist, auf die drohende Gefahr aufmerksam zu machen. Es gilt die leitenden Organe des Staats vor einem Schritt zu warnen, durch den jedes Rechtsgefühl und damit jede Rechtsordnung zerstört würde. Die Folgen wären nicht nur für die Wirtschaft verhängnisvoll.

Verfassungsbruch bleibt, welchen Namen er auch führen mag, Verfassungsbruch, und wenn man ihn als natürliches Recht der Regierung hinstellt, so besitzen die, zu deren Nachteil er unternommen wird, ein noch höheres Recht, sich gegen ihn zur Wehr zu setzen.

Gewiß, wir kommen um die melancholische Feststellung nicht herum, daß die Rechtsstaatstheorie gemacht ist auf dem Boden, den die demokratischen Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten bereitet haben, daß also Millionen von Wählern selber die Schuld tragen, wenn die, die ihnen ihr Recht rauben wollen, jetzt ihrem Ziel nahe zu sein glauben. Aber auch diese Tatsache kann das Verlassen des verfassungsmäßigen Weges und die Hinwendung zur Diktatur nicht rechtfertigen. Sie sollte nur eine Mahnung für alle sein, bei den Neuwahlen, die vollzogen werden müssen, wenn es im Reichstag keine Regierungs- oder Tolerierungsmehrheit gibt, die Massen darüber aufzuklären, wie sie wider sich selbst wüten, wenn sie Parteien unterstützen, die die parlamentarische durch eine andere Regierungsform ersetzen wollen. Und eine ihrer Pflicht bewusste Regierung müßte an dieser Aufklärung mit allem Eifer mitwirken.

Man sieht deutlich: Die Enthüllung über den Offskandal im Reichstag hat es den Herren angefallen: So was kann sich nur eine Volksvertretung leisten! Hätte man sie zum Teufel gejagt, dann blieb der Schleier über die Bevorzugung der Großgrundbesitzer gegenüber den Bauern gedeckt. Jetzt kommt es heraus, welche Brüder an der Krippe sitzen, jetzt heißt es: Autorität gegen Publizität!

Die Ablage der Deutschnationalen ist bei dem Einfluß, den diese Herrschaften hinter herum besitzen, von größter Bedeutung. Es kann das Ende der Regierung Schleicher werden.

Die Herrschaften um Hugenberg hatten unter Papen den hundertprozentigen Einfluß im Reich, sie fürchteten unter Schleicher zehn Prozent davon einzubüßen. Deshalb tamen die Wähler, die seit acht Monaten schon zwei Kanzler gestürzt haben, wieder aus ihren Böhren hervor und beweisen die Festigkeit und Dauer ihrer gänzlich neuen Staatsführung, indem sie jetzt dem Dritten an den Rängen gehen. Er, der hinter den Kulissen als der „starke Mann“ gerühmt wurde — für die Vertretung ihrer selbstsüchtigen Interessen ist er ihnen zu schwach.

„Umbildung des Kabinetts“ mit dieser Begründung bedeutet natürlich auch Ausschaltung des Reichstags. Dazu braucht man den seit einigen Tagen in die Debatte geworfenen „Staatsnotstand“.

Proklamation des staatlichen Notstandsrechts ist mit einem Worte Staatsstreich, ist Revolution von oben, und es läßt sich daher begreifen, daß Schleicher in für die Presse be-

Die Regierung will antworten

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wird die Regierung auf die deutschnationale Erklärung bei passender Gelegenheit antworten. In Kreisen, die der Regierung nahe stehen, erklärt man der „Tel. Union“, irgend etwas Positives enthalte die Erklärung nicht. Die Tendenz der Erklärung sei wohl die Diktung darauf, daß der

sei. Was die Erklärung eigentlich bewirken sollte, sei noch unklarer als der Inhalt der Erklärung selbst.

Insofern sei die Erklärung allerdings zu begrüßen, als dadurch eine, wenn auch negative Klärung der politischen Lage eingetreten sei, da die Deutschnationalen nunmehr der Regierung eine Abgabe erteilt hätten.

Kanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzunehmen.

Warnung aus dem Süden

Was die Bemerkung über sozialistisch-internationale Gedankengänge der Regierung anbetreffe, so frage man sich, ob damit vielleicht die Lösung von Zollbindungen (wie beim deutsch-holländischen Vertrag) gemeint

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei kündigt in einer sehr scharfen Erklärung erbitterten Widerspruch an gegen jede verfassungswidrige Ausschaltung der Volksvertretung und gegen die Proklamation eines „Staatsnotstandes“.

Seitdem die agrarische und monopolkapitalistische Reaktion mit der unter faschistischer Geburtshilfe gewachsenen Baronsregierung zur Staatsmacht gelangt war, ist gelegentlich durch innere Cliquenkämpfe der Harzburger und der verschiedenen kapitalistischen Interessentengruppen die wirkliche politische Situation verwischt worden. Besonders hatte der Personalwechsel Papen-Schleicher hier und dort Illusionen geweckt, als bedeute die Kanzlerschaft des „sozialen Generals“ irgendwelchen Kurswechsel. In Wirklichkeit konnten die veränderten Kampfmethoden an der wachsenden Gefahr der Reaktion für die Arbeiterklasse nichts ändern. Herr von Schleicher hat sich wohl als der bessere Plauderer erwiesen und er hatte es zunächst für richtig befunden, im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger vom Angriffskrieg zum Stellungskrieg überzugehen. Die soziale Bilanz weniger Monate genügt indes, alle falschen Hoffnungen auf das neue Regime endgültig zu begraben.

Von all den großen Ankündigungen Schleichers auf umfassende Arbeitsbeschaffung ist eine Miniaturausgabe des Gereke-Planes übriggeblieben. Mit ganzen 500 Millionen Reichsmark will die öffentliche Hand mit Auftragserteilung eingreifen, so daß bestenfalls 200.000 Erwerbslose Beschäftigung finden könnten. In welcher hemmungsloser Gebefreudigkeit andererseits unfähigen und verschwenderischen Großagrariern die Reichsgelder nachgeworfen werden, hat das Dsthilfe-Panama blühartig beleuchtet.

Der „soziale General“ war noch nicht einmal bereit, die Papenschen Steuergutscheine aufzuheben, die als Einstellungsprämien verabreicht werden. Private Unternehmer erhalten jetzt aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Aufträge und zusätzlich noch für daraus notwendig werdende Neueinstellungen von Arbeitern und Angestellten besondere Steuererleichterungen.

Die gesamte Sozialversicherung ist ihrer Rechtsgrundlagen beraubt, der grundsätzliche Unterschied zwischen sozialer Versicherung und allgemeiner Fürsorge nahezu aufgehoben. Für die am härtesten getroffene Invalidenversicherung hat die sonst so gebefreudige Regierung Schleicher nichts an Reichsgeldern übrig.

In der Arbeitslosenversicherung ist die Enteignung der Versicherten völlig unerträglich geworden. Nicht weniger als 300 Millionen Mark sind aus dem Beitragsaufkommen 1932 ihrem rechtmäßigen Zweck entzogen worden, um für Wohlfahrtszwecke verwendet zu werden, deren Deckung bisher aus allgemeinen Steuermitteln vorgenommen werden mußte. Eine Arbeits-

Gonntag, 14 1/2 Uhr, Lustgarten: Berlin bleibt rot!

Bracht-Spiel mit Berlin

Die Reform abgelehnt, aber neues Diktat! — Kommissar Bracht gegen Kommissar Bracht

losenversicherung, die in der Lage gewesen wäre, aus ihren Beiträgen im Jahre 1932 zwei Millionen erwerbslose Versicherte zu unterstützen, hat in Wirklichkeit nur noch durchschnittlich 600 000 Unterstützungsempfänger aufzuweisen. Bei einem monatlichen Beitragsaufkommen von rund 80 Millionen Mark werden nur noch rund 35 Millionen an Unterstützung ausbezahlt, d. h. über die Hälfte ihres Beitragsaufkommens und ihre wohlverordneten Unterstützungsbeträge sind den Arbeitern und Angestellten genommen, sie haben 6,5 Proz. ihres Lohnes nur noch als Sondersteuer zu entrichten. Statt einer Wiedergutmachung dieses schreienden Unrechts will das Reichskabinett Versicherung, Arbeitsfürsorge und Erwerbslosenwohlfahrt zusammenlegen, also den Rest der Versicherung zerschlagen. Der schätzbare Rest der Versicherung bliebe nach dem Willen der Herren lediglich die Beitragspflicht.

Wo ist der soziale General, der einmal so warme Worte für das Erwerbslosenehend gefunden hatte?

Das Reich hat seinen Etat von den sozialen Verpflichtungen völlig abgehängt. Im gleichen Augenblick, da alle Reichszuschüsse an die Sozialversicherung aufs äußerste gedrosselt worden sind, ist Deutschland durch ungezählte Subventionen zum ausgesprochenen Wohlfahrtsstaat für die Unternehmer in Landwirtschaft und Industrie, damit indirekt zur Finanzquelle des Faschismus geworden. Alle Reichshilfe für die täglich mehr versagende private Wirtschaft, nichts für die Menschen. Das ist der Kurs des Reichswagens.

Die Unhaltbarkeit des sozialen Arbeitsschuhes ist kürzlich im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags offenbar geworden. Unter der für das Parlament bestehenden öffentlichen Kontrolle waren die Nationalsozialisten und teils auch andere bürgerliche Parteien gezwungen, wichtige Verbesserungen gegenüber den Notverordnungen auf sozialdemokratischen Antrag hin zu beschließen. Auch für Aufhebung der verhängnisvollen Notverordnung vom 14. Juni 1932 hatte sich eine Mehrheit gefunden. Diese Ausschlußbeschlüsse bedürfen indes der Bestätigung durch das Plenum. Dort heißt es auch für die Nazis Farbe zu bekennen.

Zu den sozialen kommen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die Beibehaltung der herrschenden Handelspolitik bedeutet Hunger für die Massen. Das Schicksal des Volkes wird wesentlich von der bevorstehenden Gestaltung des Reichsetats bestimmt werden. Soll nicht auf jede Menschenökonomie verzichtet werden, dann müssen nun die parlamentarischen Vertreter des Volkes seine einfachsten Lebensrechte im Reichstag wahrnehmen können.

Der Reichstag muß vor allem tagen und aktionsfähig werden, um das Mißtrauen des gesamten Volkes gegen die jetzige Reichsgewalt zum Ausdruck zu bringen. Die dauernden Vertagungen und die bewußte Verschleppung der Einberufung des Reichsparlaments ist in dieser Situation mehr als eine Angelegenheit des Aeltestenrats. An der Entscheidung über die Einberufung des Reichstags muß sich die Flamme einer großen Volksbewegung entzünden. Es darf der größten Reichstagsfraktion des Herrn Hitler nicht länger erspart bleiben, ihre Wahlversprechungen einzulösen oder aber abzutreten.

Ist der Reichstag, belastet durch 195 Nazis, arbeitsunfähig, dann ist eine beschleunigte Neuwahl das Gebot der Stunde. Die Ueberlastung mit Wahlen im Jahr 1932 ändert nichts an der Tatsache, daß jetzt die Wählerschaft allein eine Bereinigung bringen kann, falls der Reichstag an seiner Arbeit gehindert wird. Jede weitere Vertagung der Reichstagsseinberufung ist Begünstigung der Nationalsozialisten und Schädigung der Interessen des werktätigen Volkes. Sollten aber die Vertagungen des Parlaments das Vorpiel zu einer Auflösung ohne Neuwahl sein, um einen sogenannten „Staatsnotstand“ zu erklären, dann wäre das der Staatsstreik!

Die gespannte Lage muß den Blick der Arbeiterklasse auf ihr Rüstzeug zur parlamentarischen, wie außerparlamentarischen Auseinandersetzung lenken. Die Haltung der gesamten Arbeiterklasse zur Nazidemonstration am Bülowplatz hat gezeigt, daß sie im Bewußtsein ihrer Kraft nicht geneigt ist, sich zur Unbesonnenheit reizen zu lassen. Sie wird sich auch in den kommenden Tagen ihren politischen Blick nicht trüben lassen.

Die Saarregierung mit ihrem Präsidenten Anoz ist vom Völkerbundsrat bis zum 31. März 1934 neu bestätigt worden.

„Wie ich aus der Presse ersehe, erörtern die zuständigen Organe der Stadt Berlin die Frage der Neugliederung der Verwaltungsbezirke. Auch ich halte zur Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung der Stadt Berlin die einseitige Verminderung der Zahl der Verwaltungsbezirke in der Stadt Berlin für dringend erforderlich... Mit Rücksicht auf den Termin der regelmäßigen kommunalen Neuwahlen bedarf die dringende Frage der Neueinteilung der Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin eiliger Lösung. Ich ersuche daher ergebenst, mir bis zum 15. Oktober zu berichten, ob hierüber ein Gemeindefestbeschluss unter Zustimmung der beteiligten Bezirksversammlungen befaßt worden ist.“

Das schrieb am 19. September 1932 Bracht als Stellvertreter Kommissar in Preußen an den Berliner Oberbürgermeister Sahm in jenem Ultimatum, in dem er Berlin androhte, von sich aus eine Verwaltungsreform zu diktiert, wenn die Frist nicht eingehalten werde.

Damals tauchten Stimmen auf, die zu erzählen wußten, daß dieses Schreiben im Berliner Rathaus entworfen worden sei. Der Berliner Oberbürgermeister beeilte sich jedenfalls sehr, alles zu tun, um die Wünsche des hohen Auftraggebers zu erfüllen. Heute erhält auch Sahm die Lehre, daß es

nicht gut ist, „Diktatur“ spielen zu wollen.

Bracht hat jetzt einen neuen Erlaß über die Änderung der Berliner Verwaltungsbezirke und ihrer Verfassung an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin gerichtet, in dem es heißt:

„Trotz aller Anerkennung der Bemühungen des Magistrats der Stadt Berlin, den Anregungen meiner Erlasse vom September 1932 zu entsprechen, habe ich mich nach reiflicher Prüfung seiner durchaus beabsichtigten Vorschläge zur Bezirkseinteilung und Reform der Berliner Verfassung doch entschlossen,

von ihrer Verwirklichung abzusehen.

Entscheidend für meine Entscheidung ist vor allem der Umstand, daß es entgegen meinen Erwartungen insbesondere bei den Beratungen der Stadtverordnetenversammlung zweifelhaft geworden und geblieben ist, ob infolge einer zahlenmäßigen Verringerung der Verwaltungsbezirke sofortige Ersparnisse überhaupt oder jedenfalls in einem Umfange eintreten werden, der in einem angemessenen Verhältnis steht zu den mit den organisatorischen Änderungen für die Bevölkerung in der gegenwärtigen schweren Zeit erwachsenden Schwierigkeiten und mit den für den Verwaltungsbetrieb verbundenen Störungen. Nach dieser Entscheidung zur Frage der Bezirkseinteilung muß auch die von vorherein nur im Zusammenhang mit ihr ins Auge gefaßte Änderung der Bezirksverfassung zurückgestellt werden.

Der Kommissar Bracht ist aber so gnädig, eine neue Verordnung zu erlassen, die schon in der nächsten Ausgabe der preussischen Gesetzesammlung veröffentlicht wird. Durch diese Verordnung wird die Stadt Berlin verpflichtet, die „gegenwärtig zu hohe Zahl der Bezirksamtsmitglieder zu vermindern“ Durch eine Ortsjahung soll die Zahl der Mitglieder der Bezirksämter herabgesetzt, sowie das Verhältnis der Zahl der befohlenen Mitglieder zu derjenigen der unbefohten Mitglieder der Bezirksämter neu geregelt werden. Stadtverordnetenversammlung und Magistrat sollen die neue Ortsjahung innerhalb von drei Monaten beschließen haben. Wird dieser Termin nicht eingehalten, liegt die alleinige Befehlshaftung beim Magistrat, der seine Entscheidung innerhalb von sechs Wochen zu treffen hat.

Bis zum Inkrafttreten der Ortsjahung sollen freie und freiverwendbare Stellen von Bezirksbürgermeistern, befohten und unbefohten Mitgliedern der Bezirksämter nicht befehlt werden.

Erst konnte es dem Kommissar mit der Vereinfachung und Reform der Berliner Verwaltung nicht schnell genug gehen. Die Stadtvertretung

mußte ihn zweimal um Verlängerung der viel zu kurz gestellten Fristen ersuchen. Der bekannte Reformplan des Berliner Magistrats wird aber jetzt mit einer Handbewegung beiseite geschoben. Oberbürgermeister Sahm, der es in letzter Zeit mit als eine seiner Hauptaufgaben anzusehen scheint,

gute Verbindungen mit den Deuten aus dem Herrenklub und dem Kaffhäuserbund zu unterhalten, weniger Wert aber auf enge Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Rathauses legt,

ist schwer enttäuscht worden. Wie der Kommissar Bracht sich die praktische Auswirkung der neuen Verordnung auf die Berliner Verwaltung vorstellt, wissen wir nicht. Im § 2 wird festgelegt, daß bis zum Inkrafttreten der neu zu schaffenden Ortsjahung, die frühestens im Juni fertig sein kann, die freiverwendenden Bezirksamtsstellen nicht befehlt werden dürfen. Bis zum Anfang April aber

scheiden infolge Ablaufs der 12jährigen Wahlzeit 66 von 107 befohten Bezirksamtsmitgliedern aus.

So sind in den Bezirken Friedrichshagen, Tiergarten, Treptow und Zehlendorf alle Bezirksamtsstellen neu zu besetzen. In weiteren Bezirken, so in Mitte, Wedding, Neukölln, Köpenick und Reinickendorf, verbleiben nur wenige Bezirksamtsmitglieder über den 30. April hinaus im Amt. Wahrscheinlich denkt man daran, auch diese Stadtratsstellen kommissarisch verwalten zu lassen.

Das Ergebnis des Intrigenspiels um die Interessen der Reichshauptstadt wird also sein, daß in die Berliner Verwaltung neue Unruhe und schwere Erschütterungen hineingetragen werden. Statt der zunächst so dringlich geforderten Vereinfachung wird tatsächlich ein brachtvolles Durcheinander geschaffen. Daß sich das zum Nutzen der Bevölkerung auswirken wird, dürfte selbst ein noch geschickterer Reichskommissar kaum behaupten wollen.

Natural-Getreidesteuer

Ein neues Sowjetgesetz

Sowjetregierung und Zentralkomitee der K.P.U. gezeichnet sein früherer Bizegeneralsekretär Molotoff und sein damaliger und auch jetziger Chef Stalin, haben die Getreideausbringung neu geordnet. Das Soll (und zugleich Muß) der Getreideablieferung wird in eine Natural-Getreidesteuer umgenannt. Ihre Menge beträgt 0,5 bis 3,8 Zentner pro Hektar für Kollektivwirtschaften ohne Traktoren, 0,5 bis 2,7 Zentner für solche mit Traktoren; die Einzelbauern haben — wie bisher — 5 bis 10 Proz. mehr abzuliefern. Nähere Bestimmung nach der Anbaugegend, der Ausfaat usw. Die staatlichen Abnehmerpreise bleiben unverändert. Zuschläge bis zu 2 Proz. dienen der Versorgung der Dorflehrer, Agronomen (Agrartechniker) und „medizinischen Arbeiter“. Erst nach Leistung dieser Steuer darf Getreide freihändig verkauft werden. Säumige Kollektivwirtschaften haben als Strafe den Marktpreis für die

nichtabgelieferte Soll-Menge zu entrichten und müssen ihr Gesamt-Soll vorzeitig abliefern. Säumige Einzelbauern kommen vors Gericht. Lokalbehörden dürfen die Steuerpflicht nicht erhöhen. Was nach Erfüllung des Solls übrig bleibt, ist für die Produzenten frei verfügbar.

Es wird mitgeteilt, daß die bisher „infolge tatsächlicher Sabotage“ säumigen Gebiete an der unteren Wolga und in Nordkaukasien ihre Ablieferungspflicht erfüllt haben.

2 Kollektivdirektoren hingerichtet

Zwei Direktoren eines Kollektivs, die Gebrüder Kulkowski, sind wegen Verschleuderung von Staatseigentum und wegen Sabotage in der Getreideablieferung zum Tode verurteilt und erschossen worden.

SA-Mann Raubmörder

In Uniform am Grabe des Opfers

Köln, 24. Januar.

In Köln geht ein neuer Raubmord eines SA-Mannes seiner Klärung entgegen. Vor einigen Wochen wurde am Rudolfplatz ein Geldbriefträger und eine Frau ermordet. Unter dem Verdacht der Beihilfe ist am Dienstag der Kesse der Toten, ein 22-jähriger SA-Mann, verhaftet worden, der in voller Nazi-Uniform der Beerdigung der ermordeten Tante beigewohnt hat. Der Verhaftete hat im vergangenen Jahr 3500 Mark unterschlagen und verjubelt.

Arbeitsbeschaffung

Die Darlehen an die Gemeinden

Der Gesamtverband des Deutschen Landgemeindetags fordert in einer Entscheidung weitere erhebliche Mittel über die 500 Millionen des Arbeitsbeschaffungsprogramms hinaus. Der Verwaltungskostenbeitrag von 1 Proz. für die den Gemeinden gebenen Arbeitsbeschaffungskredite sei unan-

deren Verlauf der unbeteiligte Abgeordnete Jürgensen erheblich verletzt wurde. Er hatte mehrere Wochen an der Wiederherstellung seiner Gesundheit zu tun, und es waren ihm im Verlaufe der ärztlichen Behandlung und wegen der Unmöglichkeit, seine geschäftlichen Funktionen zu erfüllen, allerlei Verluste entstanden.

Als im ersten Verfahren wegen Schadenersatzes der Abg. Jürgensen abgewiesen wurde, stützte sich das Gericht im wesentlichen darauf, daß keine gesetzliche Grundlage vorhanden sei, wonach der Status, in diesem Falle vertreten durch den Landtagspräsidenten, haftbar zu machen wäre für die Folgen von Schlägereien im Parlament.

Prozeß Guilbeaur

Paris, 24. Januar.

Vor dem Pariser Kriegsgericht hat der Prozeß gegen den Schriftsteller Guilbeaur begonnen, der 1919 im Abwesenheitsverfahren wegen angeblicher Begünstigung Deutschlands während des Krieges zum Tode verurteilt worden war.

Guilbeaur, der seit 1917 in Rußland und zuletzt in Deutschland gelebt hat, war von Heimweh gepackt im August v. J. nach Frankreich zurückgekehrt und hatte sich freiwillig gestellt. In dem Wiederaufnahmeverfahren haben ihn zahlreiche Zeugen stark belastet, so daß trotz heftigen Protestes der Liga für Menschenrechte und anderer Linksorganisationen die Anklage aufrechterhalten worden ist. Guilbeaur wird von Rechtsanwält Abg. Torrès verteidigt.

Der Verteidiger beantragte am ersten Prozeßtag, das Verfahren einzustellen, da nach einer Gesetzesbestimmung ein erst zehn Jahre nach der ersten Untersuchung eingeleitetes Strafverfahren verjährt sei.

Aeltestenrat des Reichstags. Vom Reichstagsbüro sind jetzt die Einladungen zu der für Freitag dieser Woche vorgesehenen Sitzung des Aeltestenrats des Reichstages ergangen. Die Sitzung soll am Freitag um 15 Uhr beginnen.

Weitere 50 Millionen für Hausreparaturen. In der gestrigen Kabinettsitzung ist beschlossen worden, weitere 50 Millionen für Hausreparaturen zur Verfügung zu stellen. Die entsprechende Verordnung wird am Mittwoch ergehen.

Spionageurteil. Das Oberlandesgericht verurteilte den polnischen Staatsangehörigen Paul Serwotta aus Königsbrunn wegen Spionage zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus. 92 Zloty, die der Angeklagte vom polnischen Nachrichtendienst erhalten hat, wurden dem Staat für verfallen erklärt.

Jürgensen gegen Kerri

Berufungstermin am 17. Februar

In der Schadenersatzklage der Geschäftsführer der sozialdemokratischen preussischen Landtagsfraktion, Abg. Jürgensen, gegen den Landtagspräsidenten, die im Zusammenhang mit der Landtagschlägerei am 25. Mai 1932 angestrengt wurde, steht Berufungstermin am 17. Februar an. In der ersten Instanz war Jürgensen kostenpflichtig abgewiesen worden.

Wie erinnert, erfolgte am 25. Mai im Landtag eine Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, in

Bülowplatz und schnelles Gericht

Es hagelt nur so Gefängnisstrafen

Die verschiedenen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten anlässlich des SA-Aufmarsches auf dem Bülowplatz fanden bereits heute vor dem Schnellrichter im Polizeipräsidium ihr gerichtliches Nachspiel. Von den insgesamt 118 festgenommenen Personen sind 35 zur Aburteilung dem Schnellrichter, Amtsgerichtsrat Beulke, vorgeführt worden. Am Dienstag hatten sich bereits 12 Sistierte zu verantworten, meist Kommunisten, denen die Anklage Waffenvergeben, Widerstand gegen die Staatsgewalt, gemeinschaftliche Körperverletzung und Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen bei Demonstrationsversuchen zur Last legt.

Der schwerste Fall behandelte die Anklage gegen den Schriftfeger Wilhelm K., der sich wegen unerlaubten Waffentragens und gemeinschaftlicher Körperverletzung eines Polizeibeamten zu verantworten hatte. Als die Polizei am Sonntagmittag eine Gruppe von kommunistischen Demonstranten in der Alten Schönhauser Straße auseinanderreiben wollte, sprang der Angeklagte von hinten den 42jährigen Polizeihauptwachtmeister Balzer an und schlug ihn nieder. Durch andere Polizeibeamte konnte der Angreifer überwältigt und festgenommen werden, wobei er erheblich am Kopf verletzt wurde. Der Angeklagte, der mit verbundenem Kopf vor Gericht erschien, gab die Tat zu und verteidigte sich mit seinem Jähzorn und seiner dreijährigen Arbeitslosigkeit. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der einen Totschläger bei sich gehabt hatte, wegen Körperverletzung und Waffentragens zu 6 Monaten Gefängnis.

Gefängnis für Gummiknäppel

Weiter wurde der Elektromonteur Raul K. nur wegen Tragens eines Gummiknäppels zu der unerhört harten Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. K. hatte einen nationalsozialistischen Zug begleitet, wobei er mit den SA-Geiten in einen Wortwechsel geriet und schließlich von einem Polizeibeamten durchsucht wurde. Den Gummiknäppel, der bei ihm gefunden wurde, will der Angeklagte nach seiner Darstellung zum Schutz von Angriffen von Seiten der Nationalsozialisten getragen haben.

Gleichfalls wegen Waffenvergehens wurde der 29jährige erwerbslose Mechaniker Hans B. zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war bereits in der Nacht zum Sonntag am Luisenauer festgenommen worden, wo es zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu einer Schießerei gekommen war. Alle in der Nähe befindlichen Personen wurden von der Polizei im Anschluß daran nach Waffen durchsucht. Bei B. wurde eine Stahlrute gefunden, die er ebenfalls zu seinem persönlichen Schutz bei sich haben wollte.

Wegen des Rufes „Nieder mit den Bluthunden“ gegenüber Polizeibeamten wurde der Erwerbslose Richard M. zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Kommunist Hermann F., der in Schöneberg Plakate mit der Aufforderung zu kommunistischen Gegendemonstrationen angeklebt hatte, erhielt drei Wochen Gefängnis. Vier andere Angeklagte wurden wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Strafen von zwei Wochen bis zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, wobei die Vorstrafen und die Schwere des Falles jeweils gemertet wurden.

Laufen muß man können

Außerordentlich bezeichnend für das, was einem harmlosen Passanten geschehen kann, war der Fall eines 29jährigen Kaufmanns Herbert S. Als die Polizei eine Rebenstraße am Bülowplatz räumte, lief Herbert S. nicht schnell genug fort, so daß ein Polizeibeamter ihm einen Schlag in den Rücken gab. Der S. mit einem Stoß gegen die Brust des Beamten beantwortete. Der Angeklagte, der nicht sofort festgenommen worden war, begab sich zum Revier, um sich dort über den betreffenden Beamten zu beschweren und seine Dienstnummer anzufordern. Er erklärte auf dem Polizeirevier, daß er wegen eines Leidens nicht gut laufen könne und deshalb der Aufforderung des Beamten zum Weitergehen nicht schnell genug Folge leisten konnte. Auf dem Revier wurde ihm aber nicht die Dienstnummer ausgehändigt, sondern es erfolgte seine Festnahme. Der als Zeuge vernommene Beamte bekundete, daß der Widerstand des Angeklagten nicht so

erheblich gewesen sei, und daß er, der Wachtmeister, nur seine Feststellung auf der Wache betriebe und Anzeige erstattet habe, um gegen eine etwaige Beschwerde „rückversichert“ zu sein. Trotzdem wurde S. zu 60 Mark Geldstrafe verurteilt. Das hat er nun davon, daß er auf Befehl nicht schnell genug lief, daß er sich den Schlag in den Rücken nicht gutmütig gefallen ließ und daß er zum Ueberflus auch noch die Dreistigkeit besaß, sich auf das Revier zu begeben.

Bei allen diesen genannten Personen, die entweder Kommunisten waren oder des Kommunismus verdächtig waren, fadete das Gericht, wie man sieht, gar nicht lange. Irgendwelche Bedenken schien es nicht zu geben, der Tatbestand war immer ganz klar und eindeutig. Und nun erscheint ein angeklagter Nationalsozialist vor dem Richter, der einzige dieses Tages, ein 36jähriger Bäckergeselle namens Fritz Gaster. Gaster, der in Reinickendorf S.A.-Scharführer ist, wurde am Sonntagabend in der Nähe eines kommunistischen Verkehrslokals von einem Polizeibeamten beobachtet, als er gerade eine geladene Armeepistole entführte. In der Verhandlung, wo er sich wegen Nichtanmeldung und unerlaubter Führung einer Schusswaffe zu verantworten hatte, erklärte der Angeklagte, daß er die Waffe erst am Nachmittag aus seiner Wohnung geholt habe. Da in Reinickendorf häufig Ueberfälle auf Nationalsozialisten vorgekommen seien, habe er sie eingesteckt, um drei seiner Kameraden nach Hause zu begleiten. Zur eigenen Sicherheit habe er die Waffe kurz vor dem K.P.D.-Lokal entführt. Wenn nun aber der Vale glaubt, eine entführte geladene Armeepistole, in der Hand getragen, sei doch um dieses gemeingefährlicher als eine in der Tasche getragene Stahlrute oder ein Gummiknäppel, so irrt er sich. Da nämlich der Angeklagte behauptete, daß unmittelbar nach seiner Festnahme durch die Polizei einer der von ihm begleiteten SA-Geiten von Kommunisten niedergestoßen worden sei, daß also das Führen der Waffe aus Gründen der Rotmehr unbedingt erforderlich gewesen wäre, glaubte das Schnellgericht tatsächlich, die Verhandlung vertagen zu müssen, um die Sache zwecks weiterer Aufklärung dem ordentlichen Gericht zu übergeben.

Wäsche usw. heraus. Als die Beamten herankamen, liefen die Burschen mit ihrer Beute über den Fahrdamm auf ein Auto zu, in dem ein Komplize bereits den Motor angefaßt hatte. Sie sprangen hinein und bogen links in die Eberstraße ein. Die Polizisten hielten eine Tase an, sprangen hinauf und legten den Dieben nach. Auf der Verfolgung gaben sie etwa sechs Schüsse auf den Wagen ab. Trotzdem sind die Diebe wieder entkommen. Die Beamten konnten die Nummer des Autos nicht erkennen, da das Auto — es war ein graues Kabriolet — unbeleuchtet fuhr. Wahrscheinlich ist es das Hochkabriolet LA 35467, das in der vergangenen Nacht vor dem Hauke Hohenzollerndamm 66 gestohlen worden war. Da in der Nacht zu heute nur eine Tase und eine Limousine sowie dieses Kabriolet gestohlen wurde, kann es sich bei letzterem nur um den Wagen handeln, den die Diebe benutzten. Bisher ist er noch nicht aufgefunden.

Außer dieser Kolonne treibt eine Fernjagd-Räuberbande noch immer ihr Unwesen. Eine dritte Kolonne, die in der Freitagnacht in der Albrechtstraße 11 einbrach, besteht auch aus jüngeren Burschen.

Blutiger Mieterstreit

Hauswirt schießt eine Frau nieder

Im Hause Wilhelmstraße 137 in Spandau spielte sich am Dienstag ein blutiger Streit zwischen dem Hauseigentümer und einer Mieterin ab. Durch einen Schuß wurde die Frau niedergestreckt.

Gegen 16 Uhr war die 29 Jahre alte Frau Kump mit der Frau des Hausbesizers Dr. Roll in Streit geraten. Die Frauen redeten sich derart in Wut, daß sie schließlich aufeinander einschlugen. Mitten im Handgemenge erschien Dr. Roll auf dem Kampfplatz: er war mit einer Pistole bewaffnet. Durch einen Beinaußschuß streckte er Frau Kump nieder. Die laut Jammern wurde in das Spandauer Krankenhaus gebracht. Der Schütze behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben. Die Kriminalpolizei ist mit der Klärung des Falles beschäftigt. Ohne dem Untersuchungsergebnis vorzugreifen, muß doch gesagt werden, daß es seltsam anmutet, daß ein Hauswirt keinen anderen Ausweg zur Beilegung eines Streites findet, als gegen eine Frau mit einer Pistole vorzugehen.

Wie wir zu dem Vorfall weiter erfahren, soll Frau Kump ihre Gegnerin im Verlaufe der Auseinandersetzung mehrmals mit einem Messer bedroht haben. Erst als die Situation für seine Frau äußerst bedrohlich wurde, soll der hinzukommende Dr. Roll zur Waffe gegriffen haben. Von der Verletzten und ihrem Wanne wird dagegen eine völlig andere Darstellung gegeben und es ist zur Zeit Aufgabe der Polizei, diese Widersprüche zu klären.

25 Jahre Kommunalarbeit

Zu Beginn der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Stadivertretenden, Fraktion sprach der Fraktionsführer Blatau dem Genossen August Gebert herzlichste Glückwünsche der Fraktion aus. Gebert ist im Januar 1908 als Stadivertreter in die damalige Charlottenburger Stadivertretendenversammlung eingetreten. Er kann heute auf eine überaus erfolgreiche und für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wertvolle 25jährige Kommunalarbeit zurückblicken. — Als Nachfolger des zum Stadtrat berufenen Genossen Simon Käthenstein wohnte gestern zum erstenmal Genosse Mickler der Fraktionssitzung bei. Er wurde vom Vorsitzenden herzlich begrüßt.

Die Vereinigung sozialdemokratischer Juristen veranstaltet am Sonnabend, dem 28. Januar, um 20 Uhr, im großen Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, eine große öffentliche Kundgebung mit dem Thema: Das Recht als politische Waffe. Referenten sind: Friedrich Stampfer, R. d. R., Berlin, Dr. Philipp Loewenfeld, Rechtsanwalt in Minden, und Dr. Hans Wenzel, Ministerialdirektor a. D. Eintrittskarten zum Unkostenbeitrag von 50 Pf. (für Studenten 20 Pf., für Erwerbslose frei) sind bei dem Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Lindenstraße 3, bei der Sozialistischen Studentenschaft, R.W. 6, Albrechtstraße 11, bei der Arbeiterbank, Abteilung Spartasse, Wallstraße 65, und Depositenkasse, Lindenstraße 3.

Lettow und seine Verwandten

Die feindlichen Vettern

Im Prozeß gegen Lettow wurden gestern die ersten Zeugen gehört. Der frühere Direktor der Stadtreinigung und des Führers des Müllerschichters, unter welchen Umständen die Berliner Müllabfuhr AG. gegründet wurde und mit welchen großen Plänen Lettow sich getragen habe.

Als im Jahre 1922 das angehäufte Müll geradezu eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung wurde, forderte der Oberpräsident, daß sofort Abhilfe geschaffen werde. Eines Tages, Ende 1922, wurde ihm Lettow, entweder vom Oberbürgermeister Böß oder vom deutschnationalen Stadtrat Wege, als der richtige Mann vorgestellt, der in der Lage wäre, die Sache durchzuführen. Lettow hat sich bei der Durchführung der der Bemag gestellten Aufgaben bewährt, er verstand es auch mit den Arbeitern zu verhandeln. Gelehrlich schienen dem Zeugen nur seine hochtrabenden Pläne. Er wollte, daß die Bemag alles unmittelbar produziere, was für die Müllabfuhr notwendig ist, und es schwebte ihm das Beispiel Sinnes vor. Der Zeuge hat den Angeklagten vor diesen Plänen gewarnt.

Der zweite Zeuge war Lettows Vetter, der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Krüger, ein ehemaliger aktiver Offizier, der 1923 von Lettow zur Unterstützung der Direktion der Bemag mit einem Gehalt von 282 M. engagiert wurde. Später wurde er auch Vorstandsmitglied mit einem Monatsgehalt von 1500 M.; außerdem hatte er in den letzten Jahren eine Lantime in Höhe von 6500 M. Zwischen den Vettern kam es sehr bald zu Differenzen. Seit April 1925 bestand offene Feindschaft, die Familien verkehrten nicht mehr miteinander. Schon im August 1925 machte

der Zeuge den Stadtrat Wege darauf aufmerksam, daß Lettows Geschäftsgebaren unhaltbar sei, da sein Unternehmen, die Bipa, in ungehörlicher Weise die Kredite der Bemag in Anspruch nehme.

Eine Aufsichtsratsitzung beschäftigte sich mit den Vorgängen; es wurde auch ein Ausschuß eingesetzt zur Überprüfung der Geschäftsführung der Bemag. Als aber im Jahre 1927 die Transaktion zustande kam und die Stadt die Aktienmajorität der Bemag übernahm, stellte der Ausschuß keine Arbeiten ein. Der Zeuge war es auch, der die Strafanzeige gegen Lettow erstattet hat, obgleich sein Anwalt nach der Abfindung an Lettow einen Brief gerichtet hatte, in dem es hieß, daß der Zeuge gegen Lettow keine Vorwürfe erheben könne und auch keine erheben würde. Der Brief, so sagt der Zeuge, ist ohne sein Wissen geschrieben worden; er habe deswegen mit keinem Anwalt Auseinandersetzungen gehabt. Um die Aussagen dieses Zeugen richtig bewerten zu können, wird man die weitere Beweisaufnahme abwarten müssen.

Freidenker-Generalversammlung

Verbandspräsident, Kontrollkommission und der Beirat des Deutschen Freidenker-Bundes E. B. haben in ihrer letzten Sitzung die ordentliche Verbands-Generalversammlung für den 15., 16. und 17. April nach Hamburg einberufen. Für die Beratungen unfezweckten die Körperschaften die folgende Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht; 2. Frauenarbeit in der Freidenker-Bewegung; 3. Freidenkerbewegung im

Kampf; 4. Wissenschaft und Freidenkertum; 5. Bericht über den Stand der Internationalen Freidenker-Union; 6. Satzungsänderungen und Anträge; 7. Wahl der Verbandskörperschaften. Die Zahl der auf die einzelnen Bezirke entfallenden Delegierten wird auf Grund der bis zum 31. Dezember 1932 abgerechneten Beiträge ermittelt und sollen den Bezirken bis spätestens den 28. Januar mitgeteilt werden. Angesichts der außerordentlich ernsten Bedeutung gerade dieser Tagung, in der über die Zukunft des Deutschen Freidenker-Bundes und sein Verhältnis zu der sogenannten autoritären Staatsführung reslos geklärt werden muß, ist die Generalversammlung ein Markstein in der Entwicklung der Deutschen Freidenker.

Die Autobanditen

Wieder erkannt und entkommen

Eine Doppeltreife des 171. Reviers stieß gestern früh in der Hauptstraße an der Friedenau-Schöneberger Grenze wieder auf die berüchtigte Autoräuberkolonne, über die wiederholt berichtet wurde. Trotzdem die Beamten die flüchtenden Räuber mit einer Tase verfolgten, gelang es den Banditen, wieder zu entkommen. Es soll die gleiche Kolonne sein, die in den letzten Tagen die Gegend unsicher machte.

In der Hauptstraße 79 befindet sich der Kogypalast. Die eigenartige Architektur dieses Gebäudes begünstigt ungemein die Arbeit der Schaufensterbrecher. Die Scheiben liegen etwas zurück und werden von starken Säulen verdeckt, so daß die Eindringler von den Seiten fast kaum gesehen werden können. Zwei Schupos überausstehen drei junge Burschen im Alter von etwa 20 Jahren, wie sie ein Herrenortelgeschäft plünderten. Die Scheibe war bereits eingeschlagen und die Diebe schleppten Stoffe,

Lieben Sie **PARFUM** im **ESSEN**? Nein! Also rauchen Sie auch naturreine **HEINRICH JACOBI ZIGARREN** frei von Zusätzen!

HEINRICH JACOBI Hausmarke ORIGINALGRÖSSE N° 10

das Endprodukt von **100 Jahren Erfahrung!**

N° 20... 204
N° 15... 154
N° 10... 104

Erhältlich in ca. 4000 Berliner Zigarren-Geschäften

Kälte schafft Siedlerforgen

30 Kohlen je Tag — und doch kalte Stube

Seit sich die Berliner Stadtbrandstädter gegenseitig besuchen, haben sie eine Art Rangordnung für die einzelnen Kolonien aufgestellt und es scheint, daß Blankenfelde dabei an ausschlaggebender Stelle steht. Den Blankenfeldeern geht es nämlich an und für sich schon nicht gut, von 184 Familien sind etwa 175 ohne Arbeit und die Unterstützung reicht nicht hin nach her. Einer der Männer hat neulich dem Arbeitsamt eine Postkarte geschrieben, er könne erst wieder stampeln kommen, nachdem es die nächste Unterstützung gegeben hat, er besitze nicht einen Pfennig und von Blankenfelde bis zum Rotbuscher Tor und zurück könne er nicht laufen; da wäre er zwei Tage unterwegs. Es ist zudem mit der Siedlerstelle, so wie sie übergeben wird, noch nicht getan, hier muß etwas geschaffen und dort etwas gemacht werden und ein Zimmermann beispielsweise hätte in seinem Ausgabenbuch 5 s. h. u. v. 318 Mark für solche Anschaffungen stehen, beginnend mit dem Hühnerzwinger und endend mit dem elektrischen Licht, das den Siedlern in Blankenfelde je Stelle mit 18,50 Mark berechnet wurde.

Run kommt der Winter hinzu. In den Stadtbrandhäusern steht ein Kachelofen (8 Kacheln hoch und 2 Kacheln breit) in einer Stube, der die andere noch mitheizen soll. Jetzt können die Leute 30 Kohlen feuern und es wird nicht warm. Man kann von einem Haus zum andern gehen und fragen, wieviel die Leute verfeuern, immer ist die Antwort die gleiche: einen halben oder ein Drittel Zentner je Tag. „Und — fügen die Frauen hinzu — wir könnten ja viel besser leben, wenn wir nicht die ganze Unterstützung in den Döfen stecken müßten.“

Vielleicht gingen die Dören zur Not noch an, wenn nicht diese Dächer wären. In vielen Häusern

rieselt der Schnee in die Dachkammern. Außerdem sitzen unter den Dachplatten die Eischichten. Run führt die Treppe vor den unteren Räumen unmittelbar zu diesem Dach, weder ein Verschlag noch eine Tür ist dazwischen und so kann ungehindert die Kälte nach unten schlagen und das kleine Döfchen dort vermag gegen die äußere Kälte nicht anzukommen.

Dann sind Risse im Putz zwischen Wand und Decke. Das kennen aber auch die Bewohner von Stadtmöhlungen und wenn Holz und Mauerwerk zur Ruhe gekommen sind verjähert man die Risse wieder mit Gips oder Schlemmtreibe.

In Blankenfelde ist Gasseton als Baustoff verwendet worden und so sagen die Stadler, dieser Gasseton ist so porös, daß er wie ein Schwamm wirkt und überall sieht man mitterdurch geplagte Steine. Wo übrigens außen ein Riß ist, sieht man innen einen dicken Froststreifen. Die Stadler meinen, sie hätten beim Bau gewarnt, aber mitunter hätte eben das Fundament nur einen halben Tag gestanden und dann wäre schon gemauert worden. So kommt eins zum anderen: für den Keller ist nur eine Schicht Sandfallstein hochkant verwendet worden, in dem Hühnerstall stehen die Hühner frierend wie Nachttauben. Ihre Kisten haben die Leute auf die Pfandstöße getragen, um leben zu können, niemand kann ein Stück Holz vor der Tür liegen lassen, dann liegen zwei da.

Es ist nur eins zu sagen: die Stadtbrandstädter machen immer noch ihre Kinderfrankheiten durch, den Leuten geht es teilweise so schlecht, daß sie ins Irrenhaus mit ihren Führern hineingehen und sie abhaken möchten, um etwas im Topf zu haben. Im Sommer wird es anders aussehen, man wird über manches milder denken. Aber

jetzt im Winter muß vor allem für Feuerungsgeld geforgt werden. Vielleicht kümmert sich das Wohlfahrtsamt einmal um die Leute.

Es fehlt an Feuerungsgeld

Aus der Stadtbrandstädter wird uns geschrieben: Die sparame Bauweise rächt sich nun, denn die Kälte schlägt unheimlich durch die dünnen Wände. Obwohl der einzige Ofen, der zwei Stuben beheizen sollte, durchaus funktioniert, ist es doch nicht möglich, die Kälte abzuhalten, wenn der eilige Wind auf der Außenwand steht. In vielen Wohnungen sind die Schlafkammerwände mit einer Eischicht bedeckt. Dem Uebel wäre durchaus abzuhelfen, wenn man genügend heizen könnte. Aber wer von den Erwerbslosen ist imstande, von der sehr bemessenen Unterstützung monatlich noch 20 M. abzusparen, um die kalten Häuser auszutrocknen. Gesuche bei der Wohlfahrt und beim Magistrat um Heizungsablieferung werden jedoch abgelehnt.

Nach dem Merkblatt, das die Stadler leinerzeit bei ihrer Bewerbung um eine Siedlerstelle erhalten, sollte das erste Wohnjahr vollständig mietfrei sein. Dieses Versprechen ist dann nicht eingehalten worden, und der Stadler bezahlte, wenn auch nur eine geringe Summe, sofort nach seinem Einzug. Die wäre es, wenn dieser Betrag an Miete durch die genossenschaftliche Verwaltung der Stadtbrandstädter zum Ankauf von Feuerungsmaterialien verwendet werden würde? Die Stadt würde dann keinen Verlust erleiden, da die Wohnungsgelder von den Siedlern doch im Laufe der Jahre aufgebracht werden müssen. Den Leuten in der Siedlung aber wäre dadurch sehr geholfen!

In wenig Worten

In dem Strafverfahren wegen der Tötung des Hitler-Jungen Bagny hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht III im Einverständnis mit der Staatsanwaltschaft den Haftbefehl gegen den Arbeiter Karl Sarow wieder aufgehoben, da kein dringender Tatverdacht gegen ihn mehr vorliegt.

Der Schnelltriebwagen der Reichsbahn, der zur Zeit auf der sogenannten „Kanonenbahn“ nach Belgien Bremsversuchsfahrten ausführt, wird

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am

Freitag, 27. Januar, 19 Uhr,

im Sitzungssaal des Bezirksverbandes, Lindenstraße 3, II. Hof, 2 Treppen.

etwa Mitte Februar eine neue Probefahrt unternehmen, die über die Berge des Thüringer Waldes bis nach Bayern hinein führen wird. Man will den Schnelltriebwagen nämlich auf starken Steigungen und auf abfallendem Gelände einlegen.

Die Verhandlungen zwischen dem „Seedienst Ostpreußen“ und Lübecker Kreisen sind zum Abschluß gekommen. Es sieht nunmehr endgültig fest, daß im Sommer 1933 die Motorschnellschiffe des „Seedienst Ostpreußen“ im ganzen Ostpreußen und Lübeck anlaufen werden.

In dem früheren Hotel „Byron“ in Bille Neuse am Genfer See, das jetzt ein Institut zur Erziehung junger Engländer beherbergt, wurde durch ein Großfeuer das dreistöckige Hauptgebäude bis auf das untere Stockwerk vollständig eingeebnet. Von den 60 bis 100 Jünglingen befanden sich zur Zeit des Brandausbruches 27 im Hauptgebäude, während die anderen sich im Nebengebäude aufhielten. Das gerettet werfen konnte sämtliche Besatzung konnten sich jedoch rechtzeitig retten.

Der seit einigen Tagen in Transdanubien (Ungarn) andauernde heftige Schneesturm forderte zwei Todesopfer. Ein Kutscher, der unterwegs einen Dorfnarren auf seinem Wagen mitgenommen hatte, konnte sein Dorf im Sturm nicht erreichen. Der Wagen wurde vollständig eingeschneit an einem Ackerfeld gefunden. Der Kutscher und der Junge waren erstickt.

Frecher Kautionschwindler 38 Filialeiterinnen betrogen

Als einen gewerbmäßigen Kautionschwindler bezeichnete die Strafkammer des Landgerichts III den 32jährigen Kaufmann Karl Zahn, der sich wegen seiner merkwürdigen Geschäftsmethoden zu verantworten hatte.

Der Angeklagte, der gelernter Chemiker ist, hatte ein chemisches Präparat aus Gummi- und Lederstaub erfunden, das sich nach seiner Ansicht zu dauerhaften und billigen Schuhsohlen verarbeiten ließ. Obgleich er zwei Jahre zuvor den Offenbarungseid geleistet hatte, eröffnete Zahn eine Reihe von Geschäften zur Verwertung dieses neuen Schuhsohlen-Materials. Durch Zeitungsinserate suchte er Filialeiterinnen, denen er gegen eine Kautions von meist 300 Mark auskömmliche und selbständige Einnahmen versprach. Die Kautionen aber verbrauchte er für seinen Geschäftsbetrieb und für sein Privatleben, anstatt sie, wie es nach den Einstellungsverträgen erforderlich war, sicher zu deponieren. Als das Geschäft, in dem kein anderes Betriebskapital steckte als die Kautionen, im vergangenen Sommer zusammenbrach, waren 38 Filialeiterinnen um ihre letzten Spargelder betrogen.

Die Strafkammer verurteilte Zahn wegen fortgesetzten, teils vollendeten teils versuchten Betruges zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und ließ ihn sofort im Gerichtsgefängnis verhaften und in das Untersuchungsgefängnis überführen.

Die Jule-Ausstellung am Wedding (Müllerstraße 148/147) ist nur noch bis einschließlich Sonntag (28. Januar) geöffnet. Besichtigung ist täglich (auch Sonntag) von 13 bis 19 Uhr. Eintrittspreis 5 Pf.

Zugunsten der Wohlfahrtsvereinigungen der Bühnenmitgliedern der Plaza findet am Sonnabend, dem 28. Januar, um 23.30 Uhr eine Nachvorstellung der „Blau“ statt. Dabei wirken mit Gitta Ullrich, Käthe Barjon, Baby Gray, Komponist Paul Abraham, Wilhelm Bendow, Max Ehrlich, Paul Morgan, sowie der gesamte Solo-Chor und das Orchesterpersonal der Plaza.

Unfug mit Sprengstoffen „Schwarzer Front“-mann verurteilt

Die Revolutionspleieler in der Kampfgenossenschaft der revolutionären Nationalsozialisten, der „Schwarzen Front“, ist dem zwanzigjährigen Werkzeugmacher B. zum Verhängnis geworden. Er hatte sich vor dem Landgericht I wegen Verstoßens gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten.

B., als Reichsbürger in der Schweiz geboren, hatte Werkzeugmacher gelernt und war von seinem 17. Lebensjahr in der schweizerischen kommunistischen Jugendbewegung aktiv tätig. Er war ein ebenso intelligenter wie phantastisch veranlagter Bursche und hat u. a. einen Roman geschrieben, der in den Tropen spielt, und von außerordentlicher Begabung des Verfassers Zeugnis ablegt. Arbeitslos geworden, ging er mit seinen Ersparnissen 1931 nach Berlin, fand aber hier keine Arbeit. Was er während dieser Zeit hier getrieben hat, blieb ungeklärt. Er kehrte im Januar 1932 in die Schweiz zurück, arbeitete dort bei einem Bauern, ging dann wieder nach Berlin, machte einige Wanderfahrten durch Deutschland und holte sich in der Schweiz von einem Steinbruch einige Rollen Sprengstoff. B. war unterdes von der Straherschen „Schwarzen Front“ hinübergewechselt. Er mietete sich im Heim der „Schwarzen Front“ in der Wilhelmstraße ein, bewahrte hier auch anfangs den Sprengstoff, vergrub ihn aber dann zusammen mit Kapsel und Zündschnur an drei Stellen in der Nähe der Eisenbahnstrecke: in Sperenberg, in Großbeeren und in Berlin. An den beiden letzten Orten nahm er auch an öffentlichen Sprengversuchen teil. Bei dem „Experiment“ in Großbeeren war sein Parteigenosse E. zugegen. Diesem und einem anderen waren aber Bedenken gekommen. Sie begaben sich ins Polizeipräsidium und fragten um Rat, was sie tun sollten. Sie teilten dem Kommissar auch mit, daß sie bei B. schriftliche Schriftstücke gesehen hätten. Die Polizei nahm in dem Heim in der Wilhelmstraße eine Untersuchung vor, die Schriftstücke wurden beschlagnahmt und der Sprengstoff in Sperenberg entdeckt.

Das Gericht verurteilte B. auf § 8 des Sprengstoffgesetzes — Aufbewahrung von Sprengstoffen zu unerlaubten Zwecken — und wegen unbefugter Führung von Waffen zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr 7 Monate Zuchthaus beantragt.

Gedeckter Tisch für 1500 Kinder

Am großen Festsaal bei Kroll waren für 1500 junge Mittagsgäste die Tische gedeckt. Der Internationale Varietétheater- und Zirkusdirektorenverband hatte die große kleine Gesellschaft zu Gast geladen, aus allen Berliner Bezirken die Besten. Da gab es erst mal ein gutes Mittagessen und hinterher eine richtige große Buxtehudevorstellung. Der Konferenz begrüßte, ganz wie bei den Großen, sein Publikum, stellte ihm die aufstretenden Künstler vor und bat um geneigte Aufnahmen. Was immer der Herr in Schwarz da oben sagte, wurde unten bedingungslos mit Beifall aufgenommen; so leicht und angenehm wird ihm sein Amt sicherlich nicht überall gemacht. Dann erschien Ostel Blaut und erzählte Theodor Fontanes lustige Schnurre vom Herrn von und zu Ribbel und noch andere ergötzliche

Sachen. Run kam der Glanzpunkt kindlichen Vergnügens: der Musikclown. Was der macht, ist alles wunderschön, er brauchte sich überhaupt bloß hinzustellen und lächlig auslachen zu lassen. Das Sachen verstummt lange nicht, immer wieder kam einer, der seine artistische Kunst in den Dienst des Humors gestellt hatte. Die Bühnenszene war abendlich zu beiden Seiten flankiert von Pyramiden süßer Pfundgewichte. Jedes Kind erhielt auf den Nachhauseweg noch eine einpfündige Tafel Schokolade. Alle, die sich in den Dienst der guten Sache gestellt hatten, wurden reich belohnt durch leuchtende Kinderaugen.

Polizei-Verbandstag Heute Wahl des Vorsitzenden

Auf dem Verbandstag des Verbandes der preussischen Polizeibeamten war der gestrige Tag mit Debatten über den Geschäftsbericht und Kommissionsberichten ausgefüllt. Heute soll die wichtigste Aufgabe dieser Tagung erfüllt werden, dem Verband einen neuen Vorsitzenden zu geben. Die Wahl dürfte aber erst in den Nachmittagsstunden erfolgen. Das Ergebnis wird für die weitere Entwicklung der großen Polizeibeamtenorganisation von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Bedrängte Zwischenmeister

Fühlungnahme mit gewerkschaftlichen Gruppen

Schon wiederholt sind die Zwischenmeister — sie nennen sich in ihren Kreisen Bohngewerbetreibende — an die Öffentlichkeit getreten, um endlich eine gesetzliche Fundierung ihres Gewerbes zu erreichen. So sind wohl in letzter Zeit Gerichtsentscheidungen ergangen, die den Forderungen der Zwischenmeister entgegenkommen sind und sie als Arbeitnehmer anerkennen, aber, sagen die Zwischenmeister, sie möchten davon auch etwas an ihrem Geldbeutel merken. Denn wenn sie regelrechte Arbeiter wären, dann genüge es, wenn sie Lohn-, Krisen- und Bürgersteuer zahlten. Trotz aller Gerichtsentscheidungen und Verhandlungen seien sie aber immer noch ganz selbständige Arbeitgeber geblieben, sollte nämlich die fünfzehn Steuern bezahlen müssen, beginnend mit der Umsatzsteuer und endend beim Handwerkskammerbeitrag und dem Berufsgenossenschaftsanteil.

Besonders erbt sich die Zwischenmeister, die ja nach ihrer Spezialität in Branchenverbänden zusammengeschlossen sind und dies wieder im Reichsverband der Bohngewerbetreibenden, über die Umsatzsteuer. Wenn sie einen Umsatz über 1000 M. herbeibringen, müßten sie auf die 1000 M. 2 Prozent Umsatzsteuer bezahlen, auch wenn sie bei dem Umsatz 800 M. an Kosten haben. Denn, sagen die Bohngewerbetreibenden, sie seien eben nur Zwischenmeister, die keinen Verkaufsgewinn zu erzielen vermögen. So hat sich bei Berechnungen ergeben, daß oftmals die Zwischenmeister 42 Proz. ihres Einkommens als Steuern und Abgaben wieder abführen müssen. Mit diesem Steuerdruck hat

Kampf um Kohlenkarte Klage eines Alleinstehenden

Der „Borndörfer“ hat die Hilfsmittel der Regierung, die unter der anmahnenden Bezeichnung „Winterhilfe“ gehen, mehr als einmal als unzureichend und mangelhaft angesprochen. Die einschränkenden Bestimmungen über die Fleisch- und Kohlenverblügelung haben zu weiterer Erbitterung der Erwerbslosen und alten Leute geführt. So schreibt uns ein vierundsechzigjähriger:

Hat ein alter Mann oder Frau, alleinstehend, nicht ebenso Wärmebedürfnis wie junge Leute, und sind seine Ausgaben in seinem Haushalt nicht dieselben oder noch höhere wie bei jungen Ehepaaren?

Ein Zuschlagspflichtiger erhält für seine unterhaltspflichtige Ehefrau ein Draufgeld. Es ist unrecht, nun zu fordern, daß ein im eigenen Haushalt Alleinstehender zuschlagspflichtig sein muß, um eine Kohlenkarte zu erhalten. Die Not bei Alleinstehenden ist nicht minder groß wie bei Ehepaaren, manchmal noch größer, da er, trunksüchtig und unbeholfen, andere Menschen braucht und bezahlen muß. Ohne Beweise und Recherchen wird angenommen, daß ein Alleinstehender in allen Fällen taufkräftiger ist und sein muß als jeder Zuschlagspflichtige. Zum Beispiel habe ich keine andere Einnahme als die Rent., wöchentlich 11,70 Mark, monatlich etwa 48 Mark. An Ausgaben

sich in diesen Tagen eine Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Bohngewerbetreibenden befaßigt. Hier waren sowohl die Damen, wie die Herrenkonfession vertreten, die Blumen- und Schürzenmacher, die Bandweber aus Schlesien, die Spielwarenleute aus Thüringen, die Spitzenweber aus Sachsen und man einigte sich vor allem dahin, untereinander die Konkurrenz möglichst hintanzustellen, um eine bessere Stoßkraft zu haben. Insbesondere will der Reichsverband Anknüpfung an parlamentarische Arbeitnehmergruppen suchen, um die soziale Position seiner Mitglieder im Staate besser klären zu können.

Denn auch das Geschäft der Zwischenmeister, die früher ihr sehr gutes Auskommen hatten, ist der Krise zum Opfer gefallen. Die mit den Unternehmern vereinbarten Tarifpositionen werden von diesen längst nicht mehr eingehalten, trotzdem sehen die Zwischenmeister stündlich, wie bei Konkurrenz ihrer Unternehmer immer noch bis zum letzten ein Privatverbrauch von 60 000 M. im Jahre verzeichnet war. Auf der anderen Seite gibt man zu, daß die Helmarbeiterinnen bei ihrer Schuttheit in der Saison von 13 bis 19 Uhr nicht verdienen. Auch in Fragen der Sozialpolitik böhnt sich bei den Zwischenmeistern eine gesunde Linie an. Bereits auf der letzten Reichstagung haben die Zwischenmeister eindeutig gegen die sozialpolitische Bevorzugung der Landwirtschaft Stellung genommen, die ihnen schon genug Exportmärkte abgenommen habe. So ist der Konfektion schon fast ganz Standbein und ganz Kanone verloren.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

Als er sich, unsicher geworden, wieder zum Gehen wandte, hätte er fast Lüderfen umgerannt, und beide blieben stehen und sahen sich ungefähr gleich verblüfft an.

Berger faßte sich zuerst — mit großer Willensanstrengung.

„Guten Tag“, sagte er. „Ich wollte mal bei dir vorbeikommen. — Du wohnst doch jetzt hier?“

Lüderfen war noch immer ziemlich verlegen.

„Rein“, antwortete er, „vorläufig wohnt mein pensionierter Vorgänger noch hier.“

„Aber ich habe zweimal geklingelt.“

„Sie sind schon aufs Land gereist.“

Berger hätte beinahe gelächelt, aber er nahm sich zusammen. „Ich wollte dich gern mal begrüßen“, sagte er, „da ich nun mal auf Ferienreise bin.“

Lüderfen machte ein sehr bedenkliches Gesicht. „Gerade heute abend habe ich Kassenabrechnung“, sagte er. „Bleibst du nicht bis morgen?“

„Nein, aber das macht ja nichts. Ich will dich nicht stören. Ich komme nur einen Augenblick mit hinein und gehe bald wieder.“

Lüderfen nickte omenst, wie zu etwas Unvermeidlichem, schloß auf und ging vor ihm hinein. Als sie drinnen waren, sagte er: „Wir bleiben übrigens nicht allein. Um acht kommt der Assistent und hilft mir, den Markenbestand zählen.“

Einen Augenblick ärgerte Berger noch, dann warf er leicht hin: „Wenn du willst, kann ich dir gern dabei helfen. Dann kann er wieder gehen. Ich habe nichts zu versäumen.“

Dagegen hatte Lüderfen nichts einzuwenden, und als der Assistent gleich darauf kam, wurde er zu seiner Freude wieder nach Hause geschickt. Indessen hatten sie alles aus dem Kassengemölbe herbeigetragen. Berger bekam einen Tisch für die Marken, und Lüderfen setzte sich mit dem Geld und den Unterlagen an seinen eigenen Schreibtisch. Er sah mit dem Rücken gegen die eine Längswand, dem Zimmer zugewandt, vor sich den Tisch.

Sie sprachen nur wenig, während Berger zählte. Schon um neun Uhr war er fertig und fragte ein wenig erstaunt: „Warum läßt du dir eigentlich dazu eiaens den Assistenten kommen? Es ist ja doch nur die Arbeit eines Augenblicks.“

Lüderfen sah etwas betroffen auf und legte die Pfeife weg.

„Danach brauchst doch wohl du nicht zu fragen“, sagte er. „Ich bin nicht gerne allein hier mit all dem Geld. Ich habe an der einen Geschichte genug.“

Berger richtete sich ein wenig auf. „Das sagst du?“

„Ja ja — selbstverständlich.“

„Und dabei hast du doch nichts als Vorteil davon gehabt. — Was soll denn da ich sagen?“

„Du hast ja keine Kassenverantwortung mehr.“

Berger lachte ein kurzes und hartes Lachen.

„Rein“, sagte er, „da hast du recht. — Eben des wegen habe ich keine Kassenverantwortung mehr.“

Lüderfen begann er unruhig vor dem Schreibtisch auf und ab zu gehen, wobei Lüderfen ihm mißbilligend zusah. Dann blieb er vor ihm stehen und betrachtete ihn lange.

„Ich will dir mal was sagen“, sagte er, „offen und ehrlich: Eben deshalb bin ich gekommen. Wie ich dir schon sagte, bin ich auf Urlaub. Aber den benutze ich also als Gelegenheit — nicht um dich zu begrüßen, sondern um mich endlich einmal mit dir auszusprechen.“

Lüderfen war bleich geworden, und um seinen Mund lag ein gezwungenes und verärgertes Zug.

„Auszusprechen?“ sagte er. „Ich verstehe nicht, was das soll!“

„Das weiß ich. Für dich ist das wohl alles ganz natürlich. Du sitzt in der Masse und bist kein heraus. Für mich aber ist es nicht natürlich. Ich mißgönne dir eigentlich nichts, aber warum gönnt mir keiner was? Habe ich ein Verbrechen begangen? Habe ich etwas Unwürdiges getan?“

Lüderfen antwortete mit keinem Wort.

„Ich sehe dir's an, daß du das meinst. Ich wußte es übrigens und deshalb stehe ich jetzt hier vor dir. Du siehst nicht allein mit deiner Ansicht, aber an die ganze Welt kann

ich mich ja nicht wenden. In all diesen Jahren bist du für mich der Vertreter all dieser andern gewesen. Einmal, weil du es am deutlichsten zur Schau getragen hast, dann aber auch, weil du mit dabei warst und den größten Vorteil geerntet hast. Darum warst du mir niemals gleichgültig. Ich habe meine eigene Erniedrigung an dir gemessen. In deinem Aufstieg. — Wäre das damals nicht geschehen, dann läge ich jetzt in dem Stuhl da. Meine Pfeife läge dort auf dem Tisch, mein Hut hinge dort in der Ecke. — Rein, nein, du brauchst nicht auszuweichen wie ein Protest. Du weißt, es ist so.“

„Nunwohl — und was weiter?“

„Was hatte das damals Geschehene denn eigentlich mit uns beiden zu tun? Ich meine mit uns als Kollegen?“

Lüderfens Gesicht nahm allmählich einen ziemlich überlegenen Ausdruck an.

„Habe ich das je behauptet? Du selbst gehst ja umher und regst dich auf und behauptest alles mögliche.“

Am 28. Januar, abends acht Uhr schloß der Arbeiterdichter Alfons Pegold für immer seine Augen. Er starb in Righölzel, einer kleinen Tiroler Bezirksstadt, die ihn, für reichsbourgeois Begriffe selten und seltsam zugleich, zum Gemeinderat wählte.

Alfons Pegold hat als Arbeiterdichter die wichtigste Rolle in seinem Versen, er lobte wie sein norddeutscher Gegenpol, Hermann Claudius, sein Schicksal aus einer mystischen Verbundenheit heraus mit Volk, Gott, Blumen und Sternen.

Sogar seine Gliedschichtungen noch tragen einen Hauch dieser Sphäre. Sogar da, wo er den Arbeiterdichtertypus einfängt, sucht er die restliche Verbundenheit. Er sieht und empfindet die Arbeiterbrüder in seinem Gedicht „Die Arbeiterin“ in eine tonische und schmerzliche Welt zugleich gerückt.

Sturm und Gewalt ist in unseren Händen,
Stehn wir im räderdurchbohrten Raum;
Doch in dem leuchtenden Bogen der Venen
Sind wir gar oftmals nur Abendstund und Traum.

In dunkler Berge verlor'ner Kaverne
Sind wir die Brüder der strahlenden Tage;
Lärmen wir Steine im Knirsch der Sterne,
Seht Gottes Sehnsucht in un'rer Waga.

Unser Wille erschüttert die Erde,
Und der heiligsten Unruhe voll,
Schreiten wir ihr durch die stets beschworene
Ewigkeit, die un'rem Schaffen anquoll.

Wie hart und hämmernd klingen dagegen die Arbeitergedichte von Heinrich Versch und Christoph Wieprecht, die in ihrer religiösen Verbundenheit niemande Züge aufweisen. Wie anders klingt Max Barthel in seiner Arbeiterfeste den Arbeiter ein. Bejahender, diesseitiger!

Und doch strömt aus den Pegold'schen Versen bei all ihrer Schwermut, die sich oft ins Effiziente steigert, das tiefste Gefühl für seine Arbeiterbrüder.

Nichts wäre törichter als Arbeiterdichtung nur nach Maschinenrhythmus und ihrer kämpferischen und anfängerischen Tendenz beurteilen zu wollen. Dann allerdings würde nicht allzuviel von dem dichterischen Werte Pegolds übrigbleiben für diejenigen, die es unter blutdampfenden Barrikaden und eingefangenen Maschinenrhythmus mit prima revolutionärer Tendenz nicht gelten lassen wollen.

Das hieße Gedichte wie Chamisso's „Alle Waisensfrau“ streichen, ein Gedicht, das wie kaum eines die Arbeit und das Leben eines Menschen eingefangen hat. Das hieße die Gefühlswärme nur in der revolutionären Effizienz gessen lassen und auf der großen Orgel des Proletariats immer und immer wieder nur sich mit ein paar Tasten seine Melodie spielen lassen. Freuen wir uns, daß unsere verklärtesten Arbeiterdichter zusammen die Welt der Arbeiter und ihrer Arbeit gestiftet, daß aus verschiedenen Quellen gespeist, die Arbeiterdichtung zum Strom wird.

Alfons Pegold hat sein Leben bis zu seinem 26. Lebensjahr in seinem Bekenntnisroman „Das rauhe Leben“ beschrieben. Ein Schicksal zieht darüber von Hunderttausenden, die in den Wohnhöhlen des alten Wien aufwuchsen, die hin- und gestoßen wurden, schwach und fränklisch, in das Er-

Berger leuchtete hilflos.
„Rein Gott“, saate er resigniert. „Darum stehe ich ja hier. Weil es so ist und von je so war. Du wirst doch einsehen, daß nicht ich es bin, der jetzt wieder davon anfängt, als wär es zum erstenmal. Du weißt nur zu gut, was es für unser Verhältnis bedeutet hat, von dem Tage an, als wir im Direktionszimmer unsere Erklärung abgeben mußten. Da erntetest du das Lob, ich den Tadel. Und so kam es, daß du der Held warst und ich der Kettenhahn. Und das hatte seine Folgen — wirtschaftliche und vor allem ehrenrührige Folgen. Du überarbeitest mich. Und ich wurde überarbeitet. Und all das, weil ich von uns beiden der Vernünftiger war.“

Mit einem hohen Ruck schob Lüderfen die Papiere non sich. Er war sehr rot geworden.

„Das hast du mir schon mal aufgesetzt“, saate er scharf, „damit brauchst du mir nicht mehr zu kommen.“

Aber Berger war jetzt nicht mehr in der Verfassung, daß ihn das anfechten konnte.

„Denk an Quischnus“, sagte er. „Handelte er nicht genau wie du? — War das vernünftig? — Glaubst du, er würde das selbst finden, wenn er sich jetzt noch darüber äußern könnte? Rein, er wurde ganz einfach überumpelt, genau wie du. Auch er ging dieselbe aus lauter Scham und Bestürzung zum Angriff über.“

„Nuch er?“

„Ja, ich sage: auch er. Glaubst du wirklich, ich sehe mir allen Ernstes weismachen, dich hätte dein Heldennut dazu getrieben?“

Alfons Petzold

Zu seinem zehnten Todestag / Von Bruno Schönlanck

werstehen. Der Heldenkampf mit seinem schwachen schwindeligen Körper, die Liebe zu seiner hingebungsreichen Mutter, die ganze soziale Verlogenheit des alten Wien, die doppelt und dreifach dem Leser ins Gesicht schlägt und empörtlich im Herzen brennt, weil sie fast ohne Pathos geschickt wird. Gerade weil der Leser selber Stellung nehmen muß, weil ihm nicht Empörung vorgesetzt wird, schlägt sein Mitleid ins Revolutionäre um.

Die Familie Alfons Pegold stammt aus einem alten mitteldeutschen Bauern- und Handwerker-geschlecht. Sein Vater, ewiger Projektentwerfer, den die Berg- und Talbahn seines Lebens auf und niederlaufen ließ, starb in einem lästerlichen Spital, inmitten von Jeren und grauenvoll zerfressenen Sphylititern und Krebskranken. Dieses „Heim“ mußte er dazu noch mit dem katholisch-warden bezahlen, um der Familie nicht als Unheilbringer zur Last zu fallen.

Alfons Pegold selber versucht, als Bauarbeiter, als Fabrikler, als Fliegler sein Brot zu verdienen. Doch er, der Schwächling, der sich freut, Geld zu verdienen, wird verpöbelt. „Sie schienen sich alle vereint zu haben, um über meine körperliche Schwäche zu spotten, und keinem konnte ich die Arbeit recht machen. Wieder einmal wurde ich beiseite geschoben, verachtet und gehetzt; grausam vernachlässigt von meinen Arbeitskollegen. Warum wurde mir auch hier die schlechteste Arbeit zugewiesen und warum wurde ich immer und überall geirrt wie ein lästiger, unnützer Hund?“

Diesem Rätsel hat Alfons Pegold nachgegrübelt, bis er zu dem Schlüssel kam, daß beim indifferenten Proletariat der gute Wille nichts, die körperliche Kraft und Geschicklichkeit alles gälte.

In dieser Frage liegt für Pegolds Schaffen ebenso der Schlüssel. Pegold war kein Kesselfriede wie Versch und Wieprecht, keine gesunde Bagabundennatur wie Max Barthel oder Oskar Böhrle, die alle vier ihren Anteil Kraft in sich trugen, sondern tränklich von Kind auf. Es reichte nicht zum rebellischen Bagabunden oder zum kraftvollen Arbeiter. Es reichte zum grüblerischen Handwerker oder Saboranen mit seiner Kraft, doch dazu reichte das Geld nicht. Noch weniger zum Studium!

Dieses Leben des „Hilfsarbeiters“, des Kauf-

Alfons Petzold: Das Große

Eins muß dir immer gegenwärtig sein,
Ob du nun hämmerst, Mann, auf Stahl und Stein,
Ob Ekstase haltend du zur Tiefe sinkst,
Ob du des Feuers helle Kraft bezwingst,
Ob du die Felder segnest mit der Saat
Und Länder bindest mit dem Kupferdraht. —

Daß irgendwo ein Bruder steht und schafft
Dasselbe mit der gleichen, stummen Kraft,
Daß irgendwo ein Bruder, so wie du,
Strebt sehnsuchtschwer der Sonnenstunde zu,
In der, verbrüdernd eine ganze Welt,
Er deine Hand in seiner Rechten hält.

„Glaubst du metnetwegen, was du willst. Es gelingt dir doch nicht, mich herabzusetzen aus bloßem Neid.“

„Meinst du wirklich, ich beneide Quischnus?“

„Ach, wer redet von Quischnus!“

„Ich. Ihr beide seid nämlich in genau der gleichen Lage. Bist du ein Held, ist er auch einer. Ich glaube, er würde gern mit mir tauschen, um leben zu dürfen wie ich als Feigling. Was hat er davon gehabt? Kannst du mir das sagen? Dann will ich dich um Verzeihung bitten und gehen.“

Lüderfen sah ihn kalt an — mit träger Würde.

„Ich denke, wir lassen Quischnus in Frieden ruhen, wo er ruht“, sagte er.

„Du kannst mir nicht antworten, du wachst mir aus?“

„Ich kann dir nur das eine antworten, daß er in Ehren starb.“

Berger nickte. „Ja“, sagte er, „ja — aber eine jeure Ehre, Lüderfen. Ihr habt ihm einen fabelhaften Nachruf gespendet, ihr habt gerührt „hoch“ geschrieben. Aber dann? Wer von euch hat dann noch an ihn gedacht? Wer von euch hat dran gedacht, daß er Frau und Kind hatte, die von ihm abhängen und die nun sozusagen auf der Straße liegen?“

Eine kurze Stille entstand. Berger wartete gespannt, aber Lüderfen ließ sich Zeit, während er des andern Blick mit hochmütiger Geringschätzung erwiderte. Endlich sagte er: „Niemand ist wohl tapfer bloß um Geld.“

(Fortsetzung folgt.)

hürchen und Fabrikiers, nicht Fabrikarbeiters, mußte ihn gesundheitslich zerstören.

Seine soziale Empfindung führte ihn noch kurzer Blamardauerung schon als fünfzigjähriger zu den Proletariatsjungen, die um sozialistischen Arbeiterbildungsvereine zusammantamen. Hier ließ er das erste Mal seine Gedichte vor. Das Wiener Volkstheater gab ihm „Das Rette der neuen Religion“.

Allmählich werden weitere Kreise auf den jungen Dichter aufmerksam. Der Burgschauspieler Gregor las seine Gedichte, der Dichter selber verließ. Arme Proletariatsfrauen gaben dem Lottranken ihr letztes Stückchen Brot und ein Bein. Sommer wieder bricht er an Blutstürzen zusammen.

Da kam die phantastische Lebenswende wie in einem Märchen aus Tausend und eine Nacht. Freunde verhofften dem Schwermranken einen Freispielflag in der Heilstätte Alland und retteten mit seinem Körper dieses stärkste Talens der österreichischen Arbeiterdichtung.

Der Dichter Karl Henckell ist ihm zugetan. Überall stehen Freunde für ihn ein. Er bekommt den Bauernschicksel, ein Ehrengehalt der Stadt Wien (auch seitlich für reichsbourgeois Verhältnisse) und entwirrt sich immer höher als Dichter.

Im Weltkrieg 1914 versetzt er wie Versch in eine Art Blutausch, um sich aber bald wieder zu finden, genau wie Versch.

Ein Vers aus „Christus geht über ein Schlachtfeld“ möge zugleich diese Wandlung wie die starke dichterische Kraft von Pegold zeigen.

Der Wandrer in dem blauen Gewand
mit dem weißen Gefäme,
legt im Vorübergehen seine Hand
auf die Wunden der Menschen, Tiere und Bäume.
Er blüht sich zur Erde und hebt
eine Granate empor. — Tränen verdickern im Sande,
das ganze Schlachtfeld schreit und hebt
noch einmal im Schauen der menschlichen Schande.

Im Jahre 1919 erschien seine schönste Sammlung sozialer Dichtungen „Am brennenden Dornbusch“.

Er trugte seinem schwachen Körper noch Werk um Werk ab, um mit 41 Jahren der Grippe zu erliegen. Bis an sein Lebensende blieb er der Sozialdemokratie treu und mit ihr seiner Verbundenheit für die Arbeiter und besonders für die Arbeiterjugend.

Vielleicht ist es kein Zufall, daß fast alle unsere Arbeiterdichter, soweit man den Begriff einengen will, Arbeiter und Dichter einem Willen entstammen, das einer sogenannten besseren Schicht zugehörte und sie so in ihren Hirnen und Herzen doppelt stark die Sehnsucht nach einer glücklicheren Welt brennen und soziales Unrecht stärker spüren ließ.

Alfons Pegold machte den stärksten Witzzug durch, weil er körperlich der Welt des Bauarbeiters und Getreideman nicht gewachsen war. Er war zu sensibel und schwach zum Zurücktreten. Aus dem schon erwähnten großen Rätsel, des „Warum werde ich wie ein Hund von meinen Arbeitsbrüdern getrieben?“ aus seiner Schwindsucht und dem märchenhaften „Zurück ins Leben!“, wo er mit ihm abgeschlossen, ist die starke mystische Erlebnisfähigkeit zu erklären, die nicht wie bei Karl Bröger eine heitere und labilfähige Ektarion in die Begendwelt bedeutet, sondern seine ganze Dichtung durchdringt.

Auf dem Rücken des leidenden Volkes

Deutsche Finanzpolitik als Instrument des Klassenkampfes von oben

In allen Ländern hat die Wirtschaftskrise überaus einschneidende Wirkungen auf die öffentlichen Finanzen ausgeübt und in Deutschland waren diese Wirkungen besonders groß. In allen Ländern hat die Finanzkrise schwere Opfer für die Sanierung der öffentlichen Haushalte gefordert und auch in Deutschland wäre es ohne Opfer nicht abgegangen. Aber nicht das Opfer gebracht werden mußten, ist das entscheidende, sondern von wem sie gebracht wurden und wie sie verteilt worden sind.

Wenn der Reichsfinanzminister vor wenigen Tagen im Haushaltsausschuß des Reichstags darauf verwies, daß die öffentlichen Fehlbeträge in den Vereinigten Staaten und in Frankreich heute sehr viel größer sind als in Deutschland, dann hat er vergessen, hinzuzufügen, auf wessen Kosten die Sanierung der deutschen Finanzen bisher durchgeführt worden ist: auf Kosten der Gemeinden, auf Kosten der Arbeitslosen und auf Kosten der Massenbelastung. Erst mit dieser Feststellung enthüllt sich der wahre Klassenkampfcharakter einer Finanzpolitik, die dem Armen immer wieder nahm und dem Reichen immer wieder gab, die den Arbeitenden Opfer für die Arbeitslosen, den Massen Lasten für die Besitzenden aufzwang.

Gemeindenot — Volksnot

Kein Zweig der öffentlichen Wirtschaft in Deutschland hat unter den Wirkungen der Krise so schwer gelitten wie die Gemeinden. Das ist zum allergrößten Teil die Schuld des Reichs. Das Reich hat sich Jahre hindurch laub gestellt gegen die wachsenden Nöte der Gemeinden. Es hat diese Nöte sogar noch verschärft, indem es die Lasten der Arbeitslosenunterstützung immer mehr auf die Schultern der Gemeinden abwälzte. Es hat zu allem die Gemeinden gezwungen, ihre Besitzsteuern zu senken und sie bis auf den heutigen Tag daran gehindert, sie wieder zu erhöhen. Als es schließlich nicht mehr anders ging, hat das Reich den Gemeinden großmütig neue Quellen zur Massenbesteuerung eröffnet und ihnen aus seinen eigenen Ersparnissen an Sozialausgaben unzureichende Zuschüsse unter drückenden Bedingungen überwiesen.

Diese Politik der finanziellen Aushungerung der Gemeinden war einmal ein Teil des Kampfes gegen die öffentliche Wirtschaft, die gerade in den Gemeinden unter Führung der Sozialdemokratie in den letzten Jahren ihre größten Fortschritte gemacht hatte. Sie war weiter der Ausdruck des Kampfes gegen die sozialen Ausgaben der Gemeinden, die mit aller Gewalt gedrosselt werden mußten, um dem Reich die Bahn für den Abbau seiner eigenen Soziallasten freizumachen.

Leider hatte diese Politik Erfolg: die öffentliche Wirtschaft ist in schwerste Bedrängnis geraten und die Gemeinden sind dem gierigen Griff der Privatkapitalisten nach den besten öffentlichen Unternehmungen ausgehehrt.

Nach alledem ist die Beteiligung der Gemeinden am Arbeitsbeschaffungsprogramm mit 500 Millionen nur eine kleine Rückerstattung dessen, was ihnen das Reich in den letzten Jahren abgenommen oder vorenthalten hat. Diese 500 Millionen sollen aber noch getilgt werden.

Die Opfer der Arbeitslosen

Nach einer amtlichen Aufstellung haben die Gesamtausgaben für die Arbeitslosenhilfe betragen in den Rechnungsjahren

1929	1930	1931	1932
1 757	2 778	3 147	2 835

Danach sind die Erwerbslosenlasten im laufenden Rechnungsjahr schon fast auf den Stand von 1930 gesenkt worden. Während aber 1930 nur rund 3 Millionen Erwerbslose im Jahresdurchschnitt unterstützt werden mußten, müssen sich 1932 fast 6 Millionen in dieselbe Summe teilen.

Dieses Kunststück war nur möglich durch den rücksichtslosen Abbau der Unterstützungsfähigkeit. Während noch 1929 in der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich über 80 Mark monatlich gezahlt wurden, in der Krisenfürsorge 70 und von der Wohlfahrtspflege 60 Mark, betragen die Sätze der drei Unterstützungseinrichtungen jetzt etwa 40 bis 45 Mark monatlich.

Der Mehraufwand von 1200 Millionen gegen 1928 ist mehr als wettgemacht worden durch den Abbau der anderen Sozialausgaben.

Für das Wohlfahrtswesen (ohne Erwerbslosenunterstützung), das Wohnungswesen und die Arbeitsbeschaffung wurden 1928 noch insgesamt fast 5 Milliarden aufgewendet, während im laufenden Rechnungsjahr noch nicht einmal die Hälfte dieser Summe erreicht werden wird. Den 1,2 Milliarden Mehrausgaben für Arbeitslosenunterstützung stehen also mehr als 2½ Milliarden Einsparungen an anderen Sozialausgaben gegenüber. Und diese Einsparungen wurden vorgenommen in einer Zeit, in der das Reich handerte von Millionen an Industrielapitäne und Großagrarien verteilte.

Sinkende Besitzbelastung

Unser Steuersystem hat die Eigenart, daß die Massenbelastung im Laufe der Krise automatisch steigt, während die Besitzbelastung automatisch sinkt. Denn die

Zölle und Verbrauchsabgaben, die den größten Teil der Massenbelastung ausmachen, haben feststehende Steuerbeträge, die umso schwerer wiegen, je mehr die Preise sinken. Die Besitzbelastung dagegen besteht zum größten Teil aus sogenannten progressiven Steuern, deren Gewicht umso mehr sinkt, je mehr die Einkommen und Vermögen infolge der Krise zurückgehen und damit in immer niedrigeren Steuerstufen kommen. Anstatt aber dieser automatischen Entwicklung durch eine sozial gerechte Steuerpolitik entgegenzuwirken, hat die Finanzpolitik der letzten Jahre alles daran gesetzt, um das Steuerunrecht noch zu verschärfen.

Die Besitzsteuern sind gesenkt, die Massensteuern sind noch weiter erhöht worden.

Die Senkung der Besitzsteuern erstreckt sich insbesondere auf die Grundsteuer und die Gewerbesteuer, die Industriebelastung und die Rentenabgabe, die Kapitalertragssteuern und die Kapitalertragssteuern. Die Massensteuerverhöhungen trafen in erster Linie das Arbeitseinkommen.

Die Lohnsteuer wurde durch die Befreiung der Erstattungen verschärft. Auf die brutale Kleinsteuer folgte die noch brutale Arbeitslosenabgabe. Dazu kam die Bürgersteuer, die die Gemeinden in ihrer Finanznot von Jahr zu Jahr erhöhten und die Grundsteuer, die die Hauswirte auf die Miete überwälzen durften. In zweiter Linie wurde der Massenverbrauch getroffen: durch Erhöhung der Zölle, der Biersteuer, der Tabaksteuer, der Zuckersteuer und durch die Wiedereinführung der Salzsteuer. Dazu fügten die Länder noch die Schlachtsteuer und die Gemeinden die Erhöhung ihrer Alkoholbesteuerung und die vermehrte Belastung durch die Werkslarve der Verlorjenbetriebe!

Während von 1928 bis 1932 die gesamten Reichssteuererträge von 9 Milliarden auf rund 6½ Milliarden, also um fast 2½ Milliarden gesunken sind, ist das Aufkommen an Zöllen und Verbrauchsabgaben nahezu unverändert geblieben. Gleichzeitig aber war die Massenbelastung in Ländern und Gemeinden schon bis 1931 um fast 700 Millionen erhöht worden.

Besonders trüb zeigt sich der Wandel der Belastungsverhältnisse bei der Besteuerung des Arbeitseinkommens und des Besitzeinkommens: Die Steuern des Arbeitseinkommens sanken von 1415 Millionen im Jahre 1928 auf 1094 Millionen im laufenden Rechnungsjahr, die des Besitzeinkommens aber von 2303 Millionen auf 735 Millionen!

Der Anteil des Arbeitseinkommens an der gesamten Einkommensbelastung ist also von

38 auf 60 Proz. gestiegen, der des Besitzeinkommens von 62 auf 40 Proz. gesunken!

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß das Besitzeinkommen sich infolge der Wirtschaftskrise mehr vermindert hat als das Arbeitseinkommen, bleibt die Lastenverchiebung ungeheuer groß.

Besitzentlastung auf Vorrat

Wer glaubt nun, daß bei einer etwaigen Besserung der Wirtschaftslage ein Teil dieses finanzpolitischen Unrechts von selbst wieder gutgemacht würde?

Im Gegenteil, die Massenbelastung würde gerade dann automatisch ziemlich rasch steigen, die Besitzbelastung aber sehr langsam nachhinken. Aber die Regierung hat darüber hinaus auch schon vorgesorgt, daß nicht etwa wachsende Massensteuererträge durch Unterstützungserhöhungen zugunsten der Massen verwendet werden könnten.

Den Hausbesitzern ist seit langem eine Milliardenentlastung an Haussteuer bis zum Jahre 1940 garantiert. Darüber hinaus sollen die Besitzsteuern um mehr als eine Milliarde gesenkt werden, denn nach Wegfall der jetzigen Steuergutschere soll vom nächsten Jahre ab eine unmittelbare Steuerermäßigung im selben Ausmaß eintreten. Dazu aber kommen die Milliarden, die auf dem Reichshaushalt an Vorbelastungen ruhen: für die Sanierung der Banken, der Schwerindustrie, der Großschiffahrt und für die Almosen an die Rittergutsbesitzer.

Die autoritäre Finanzpolitik hat bereits ganze Arbeit gemacht. Sie hat für Jahre hinaus dafür gesorgt, daß die Bäume einer sozialen Finanzpolitik nicht in den Himmel wachsen können. Im Gegenteil, die Früchte der finanzpolitischen Reaktion sollen erst gerade mit der Besserung der Wirtschaftslage reifer und dunkler und Industriebaronen auch darnach noch sicher in den Schoß fallen, wenn sie sich nicht mehr in der politischen Macht behaupten können.

Lehren für die Arbeiterklasse

Für die werttätigen Volksschichten ist die Lehre dieser Zahlen einfach und klar: die Finanzpolitik der letzten Jahre ist die zwangsläufige Folge des Vormarsches der Reaktion und der Ausschaltung des Parlaments und die prompte Quittung auf die Wohlen von 1932. Es wird nicht eher gelingen, das Steuer der deutschen Finanzpolitik wieder auf einen sozialen Kurs herumzuwerfen, bevor es nicht gelingt, die Macht der Gegenrevolution zu brechen und das arbeitende Volk wieder in seine politischen Rechte einzulehen.

Wahnsinn der freien Wirtschaft

Die Wissenschaft gegen den Kapitalismus

Der bekannte betriebswirtschaftliche Universitätsprofessor Schmalenbach hielt in Köln wieder eine aufsehenerregende Rede, die sich mit dem Strukturwandel der Wirtschaft befaßte. Schmalenbach hatte schon vor einigen Jahren in Wien in einem Vortrag eine Theorie entwickelt, die in enger Anlehnung an Marx'sche Gedankengänge das Ende der freien Wirtschaft infolge des Ueberwiegens der fixen Kosten vorauslagte. Er nannte die heutigen Wirtschaftsführer (im guten Sinne) die Testamentsvollstrecker von Karl Marx. Die Rede hatte damals ungeheures Aufsehen erregt und war von den Verehrern der freien Wirtschaft heftig bekämpft worden. Aber heute, auf dem Tiefpunkt der Krise, sieht Schmalenbach seine Theorie durch die Erfahrungen bestätigt.

Schmalenbach hat in seiner Kölner Rede offen ausgesprochen, daß, je mehr infolge des technischen Fortschritts die fixen Kosten (für Maschinen, Gebäude usw.) gegenüber den proportionalen Kosten (für Löhne, Rohstoffe usw.) überwiegen, die freie Konkurrenzwirtschaft ein um so größerer Wahnsinn wird. Er sagt klipp und klar, daß er

„bei dem Ueberwiegen der fixen Kosten die Aufrechterhaltung des Prinzips der freien Konkurrenz in der Volkswirtschaft für ganz unmöglich hält und daß er daraus die Notwendigkeit ableitet, die freie Konkurrenz dort, wo die fixen Kosten herrschen, durch ein anderes System zu ersetzen.“

Wit Recht verhöhnt er die Schwärmer für die freie Konkurrenz und sagt von ihnen: „Praktiker und Theoretiker, die sich an den neuen Zustand der Dinge nicht gewöhnen können, werden die freie Konkurrenz als etwas Gottgewolltes rühmen und sich nicht vorstellen können, daß ihre Zeit vorbei ist.“ Der einzige Spielraum, den Schmalenbach noch für das Bestehen des Konkurrenzprinzips sieht, ist die Konkurrenz zwischen den einzelnen Betriebsstellen, also die betriebswirtschaftliche Konkurrenz im engeren Sinn des Wortes — eine Form der Konkurrenz,

die auch viele sozialistische Theoretiker als berechtigt und gesund innerhalb eines rein sozialistischen Wirtschaftssystems anerkennen.

Schmalenbach ist kein Sozialist. Er weiß deshalb auch heute noch keine praktischen Wege, wie er sich die Wandlung des Wirtschaftssystems vorstellt. Nur an einer Stelle seiner Rede deutet er an, welche Richtung seiner Ansicht nach die Entwicklung gehen wird, wenn er sagt:

„Eine vernünftige Kartellgesetzgebung wäre mir lieber, als diese alles zerstörende wilde Wirtschaft (der freien Konkurrenz).“

Und er führt diesen Gedanken weiter, indem er auf die Notwendigkeit der Entwicklung zu Zwangskartellen hinweist, gegenüber der der Reichsverband der deutschen Industrie noch blind sei.

Die Sozialdemokratie verlangt seit Jahren, daß endlich eine wirksame Kartellgesetzgebung und Monopolkontrolle durchgeführt wird. Aber sie ist sich dessen bewußt, daß damit allein die Uebel der kapitalistischen Wirtschaft, die auch Schmalenbach geteilt, nicht abgestellt werden können, sondern daß es dazu eines vollständigen Umbaus der Wirtschaft bedarf.

Wenn Schmalenbach den Mut hätte, die Konsequenz seiner eigenen Gedanken zu ziehen, so müßte er zum gleichen Ergebnis kommen. Aber ob er nun persönlich den Mut dazu findet oder nicht, die Sprache der Wissenschaft, die aus ihm spricht, hat doch wieder mit seiner Kölner Rede ein eindeutiges Urteil gegen den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft abgegeben.

Bamag erwartet Aufträge

Im Mittelpunkt der Diskussion auf der Generalversammlung der Bamag (Berlin-Anhalter Maschinenfabrik) stand die Frage der Auftragsbeschaffung. Das Unternehmen be-

mühte sich, so erklärte der Vorsitzende, durch die Verbindung von Konstruktionsbüro und Maschinenfabrik die hohen ausländischen Zollmauern zu übersteigen. So seien besonders bei dem Bau von Mälloverbrennungsanlagen Lizenzverträge mit dem Ausland abgeschlossen worden. Anlagen dieser Art seien für Jülich und französische Großstädte gebaut worden und hätten sich gut bewährt. Aus Frankreich seien auch einige Reanaufträge eingegangen. Die bisherige Mälloverwertung in Deutschland sei unrentabel und unhygienisch, aber es fehle den Kommunen an Geld, um neue Anlagen zu errichten. Die Verwaltung habe sich an die Arbeitsbeschaffung eingesparnte „Deffa“ (Gesellschaft für öffentliche Arbeiten) gewandt und hoffe, im Rahmen des Beschaffungsprogramms berücksichtigt zu werden.

Fluch der Absperrung Schwund im Außenhandel

Daß die Politik der gegenseitigen Absperrung durch Zölle und Kontingente für jedes einzelne Land eine sehr teure Angelegenheit gewesen ist und sich krisenverschärfend ausgewirkt hat, beweisen die Ergebnisse der Handelsbilanzen, die jetzt von zahlreichen Staaten schon veröffentlicht sind.

Der Außenhandel der Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahr auf den Tiefstand von 1905 (!!) gesunken. Die Einfuhr ging in Goldmark ausgedrückt, von 8,77 auf 3,55 Milliarden, um fast 37 Proz., die Ausfuhr um rund 32 Proz. von 10,18 auf 6,80 Milliarden zurück. Der Exportüberschuß hat sich, da Ein- und Ausfuhr ziemlich gleichmäßig gesunken, ist, nur unwesentlich auf 1,4 Milliarden erhöht.

Wie schon die Schweiz, so bietet auch Frankreich mit der Entwicklung seines Außenhandels ein klassisches Beispiel für die gefährlichen Bumerang-Eigenschaften der Kontingentspolitik. Frankreich wollte durch die Einführung radikal gestützter Agrar- und Industrielizenzkontingente seinen hohen Einfuhrüberschuß unter Verknüpfung der tatsächlichen Ursachen gewaltsam abbauen. Dies ist völlig mißlungen. Die Einfuhr wurde zwar erheblich gedrosselt — mengenmäßig 18,8 Proz. — und sank von 6,92 auf 4,88 Milliarden Mark um 29,3 Proz.; die Ausfuhr schrumpfte aber gleichzeitig um 45,7 Proz. von 4,99 auf 3,22 Milliarden Mark zusammen. Der Einfuhrüberschuß konnte daher nur von 1,93 auf 1,65 Milliarden verringert werden.

Metallgesellschaft

Die Metallgesellschaft A.-G., Frankfurt a. M., nimmt wegen der Vielfältigkeit ihrer Tätigkeit eine Sonderstellung ein. Sie betreibt „Gewinnung und Verhüttung von Erzen und Weiterverarbeitung von Metallen, den Betrieb von Bank- und Finanzgeschäften, Handel, insbesondere mit Erzen, Metallen und sonstigen Produkten“.

Im vorigen Jahre mußte eine scharfe Sanierung durchgeführt werden, bei der auf die eigenen Anlagen 1,8 Millionen, auf die Beteiligungen aber 23,6 Millionen Mark abgeschrieben werden mußten. Das Kapital wurde von 70,9 auf 40,3 Millionen Mark herabgesetzt. Das damals geschaffene Wertberichtigungskonto in Höhe von 12 Millionen Mark mußte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1931/32 zu weiteren Abschreibungen, vor allem auf die Beteiligungen, verwendet werden.

Die gesamten Beteiligungen des Unternehmens haben sich von 50,6 auf 38,8 Millionen Mark ermäßigt worden. Der Abschluß vom Mark ermäßigt. Auffälligerweise sind die gesamten Warenvorräte stark, von 17,2 auf 20,8 Millionen Mark gestiegen. Wertwürdig ist auch der Posten der Forderungen an Vorstandsmitglieder (!) in Höhe von 1,06 Millionen Mark.

Von den Mitteilungen über die zahlreichen Beteiligungen ist bemerkenswert, daß die Sachleben A.-G. wieder eine Dividende (Vorjahr 10 Proz.) verteilen wird, daß aber die Vereinigte Deutsche Metallwerte A.-G., Altona, mindestens einen Verlust in Höhe der Abschreibungen (1,4 Millionen Mark) erleiden wird. Die A.-G. chemische Produktenfabrik Bommersdorf-Wilch in Steintin mußte ihr Kapital im Verhältnis 3 zu 2 zusammenstreichen. — Für das neue Geschäftsjahr werden allgemeine Anzeichen einer gewissen Belebung gemeldet.

Devisenabkommen mit Finnland. Zwischen Deutschland und Finnland ist jetzt ein Devisenabkommen getroffen worden, in dem Finnland die gleichen Erleichterungen in der Abwicklung des Handelsverkehrs gewährt werden, wie sie nach den bereits abgeschlossenen Verträgen Frankreich, Italien, Schweden und der Schweiz zugeteilt wurden. Danach können deutsche Importeure künftig bei Eröffnung ihres Devisenkontingents auf ein Sonderkonto der Finnlandbank bei der Deutschen Reichsbank die über das Kontingent hinausgehenden Beträge in Reichsmark einzahlen.

Japan baut chemische Werke in der Mandchurie. Nach einer Meldung aus Tokio ist das Projekt der Errichtung von großen chemischen Werken in Dairen amtlich bestätigt worden. Das Gründungskapital beträgt 25 Millionen Yen. Gebaut wird unter führender Beteiligung der Südmandschurischen Eisenbahn-Gesellschaft. Der Hauptort soll in Dairen, wo auch das Hauptwerk, das eine Jahresproduktion von 180 000 Tonnen Ammonial-Schwefelsäure haben soll, errichtet wird.

Der Anarchistenputsch

Die spanischen Syndikalisten im Dienste der monarchistischen Reaktion

Von unserem Korrespondenten

Madrid, Mitte Januar 1933.

Die revolutionäre Aktion des spanischen Anarchismus in der ersten Januarhälfte dieses Jahres ist auf der ganzen Linie zusammengebrochen. Wenn hier und dort, in kaum bekannten Orten, von syndikalistischen Gewerkschaften Generalstreiks ausgerufen werden, wenn in größeren Städten bedeutungslose Sektionen Sympathiestreiks anzusetzen versuchen, so geht deren Bedeutung kaum über die betreffende Ortsgrenze hinaus, und außer den unmittelbaren Beteiligten und den nimmermüden Berichterstattern ultrarevolutionärer und reaktionärer Zeitungen nimmt kein Spanier überhaupt Notiz davon.

Man hat sich an das Generalstreikspielen der Syndikalisten schon gewöhnt; fast jede Zeitung hat ihre tägliche Spalte „Streiks und Arbeitskonflikte“, und darunter gibt es denn meist nur eine Aufzählung der Streiks, die im Laufe der letzten Tage angefangen bzw. aufgehört haben.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die spanischen Arbeitsverhältnisse etwa so glänzend wären, daß gar kein Grund zum Streit vorläge. Wie wollte man das erwarten in einem Staat, in dem bis vor knapp zwei Jahren die Arbeiter und Bauern überhaupt keine Rechte hatten, in einem Land,

das seit Jahrzehnten nur von Adel, Kirche und Grundbesitz regiert wurde?

Aber es geht den Anarcho-Syndikalisten ja gar nicht um Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, nicht um Lohnerbhöhung und nicht um Arbeitszeitverkürzung! Die meisten spanischen Unruhen sind ja gar keine Arbeitskämpfe, sondern sind Aufstandsversuche konterrevolutionärer Gruppen, bei denen aufgehetzte, meist arbeitslose junge Proletarier die Masse darstellen müssen.

Die anarcho-syndikalistischen Führer haben ihre Gründe, sich in die Front der Konterrevolutionäre einzureihen. Seit dem 14. April 1931, dem Tage der spanischen Revolution, befindet sich Spanien auf dem Wege zur demokratisch-sozialistischen Republik. Welche Funktionen könnte in einem solchen Staate der Anarchismus haben? Schon heute verlassen denkende Arbeiter in Scharen die syndikalistischen Reihen und stellen sich in die Front der freigewerkschaftlichen Bewegung, die seit der Staatsumwälzung einen ganz unerwartet großen Aufschwung genommen hat.

Die sozialistische Orientierung im neuen Staat geht den Anarcho-Syndikalisten auf die Nerven.

Wenn Land- und Fabrikarbeitern menschenwürdige Wohnungen gebaut werden, wenn sie und ihre Familie bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Unglücksfällen eine genügende staatliche Unterstützung erhalten, wenn sie in vielen hundert staatlichen Abendkursen lesen und schreiben lernen, wenn ihre Kinder in achtjähriger obligatorischer Schulzeit zu denkenden Menschen erzogen werden, wenn endlich Arbeitervertreter in Regierung, Gericht und Verwaltung ihrer Mitverständnisse entgegenbringen und Abhilfe schaffen, sich bei Arbeitskonflikten auf die Seite der Arbeiterschaft stellen, womit können dann die anarcho-syndikalistischen Führer die Massen noch an sich fetten?

Nein, es geht ihnen wirklich nicht um eine Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft. Es geht ihnen darum, der marschierenden Revolution Steine in den Weg zu werfen, sozialistische Gemeindevorsteher, sozialistische Bürgermeister, sozialistische Minister, die sich gegen die unsinnigen Streiks wenden, vor den Massen zu kompromittieren und so die Reaktion zu stärken.

Nach den letzten Ereignissen liegt die Vermutung sogar äußerst nahe, daß der anarchistische Putsch im Einvernehmen mit monarchistischen Kreisen eingeleitet und von diesen unterstützt worden ist.

Man achte auf die Reihenfolge der Ereignisse: am 30. Dezember findet die Polizei in Barcelona tausend fertig montierte Bomben, tags darauf fallen ihre Dokumente in die Hände, aus denen hervorgeht, daß die syndikalistischen Gewerkschaften für den 1. Januar den Generalstreik auszurufen planen. Die Berücksichtigung des gefundenen Materials und die sofortige Zusammenziehung militärischer Kräfte in den revolutionären Zentren verhindert den Ausbruch des Streiks; aber in derselben Nacht zum 1. Januar werden 19 monarchistische Deportierte von Gefinnungsgenossen aus der Strafanstalt Villa Cervera befreit.

Als der Aufstand am 8. Januar endlich ausbricht, wird er — wenigstens in den größeren Städten — in wenigen Stunden erstickt. Am 9. Januar erklärt die syndikalistische Tagespresse: Neues Manöver der sozialistischen Minister; sie organisieren einen anarchistischen Putsch, um unsere Bewegung unter Ausnahmegesetz zu stellen. Am 10. Januar aber verkünden dieselben Blätter: Das spanische Proletariat rebelliert! Die Revolution beginnt. Die nationalistischen Zeitungen bringen „Schilderungen von Augenzeugen“ und seitenslange Berichte über die Tatsache, daß in drei oder vier der vielen hundert spanischen Dörfer die Aufständischen einen Gemeindevorsteher verhafteten oder einige Soldaten entwaffneten.

Und welchen Zweck sollte der ganze Putsch sein?

eigentlich haben? Die Antwort: Es war gar kein Aufstand zur sofortigen Beilegung der verfassungsmäßigen Regierung; das Programm lautete nur: Entfaltung revolutionärer Erhebungen. Nachdem im Vorjahre erst ein anarchistisch-kommunistischer, dann ein monarchistischer Umsturzversuch mißglückt ist, haben beide Gruppen eine andere Methode gefunden, die überlebte republikanisch-sozialistische Regierung loszuwerden: sie bei der Masse in Mißkredit zu bringen und unpopulär zu machen.

Durch revolutionäre Erhebungen soll das Wirtschaftsleben lahmgelegt, die Sicherheit dauernd gefährdet werden, damit in der großen Krise der republikanischen Wählerchaft der Eindruck entsteht, daß die gegenwärtige Regierung zur Verwaltung des Landes und zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung unfähig sei.

Fünfzig Tote müssen zu dem nun beginnenden Heißfeldzug das Material geben. Von links geht es gegen die „faschistische Regierung, die auf mehrlose Arbeiter schießen läßt“, von rechts gegen die „sozialistische Regierung, die den marginalen Banditenstreichen tatenlos zusieht, die den mehrlosen Bürger dem roten Mordgesindel ausliefert und Spanien zum wirtschaftlichen Zusammenbruch führt.“

In den letzten Tagen mehren sich die Gerüchte, wonach der jüngste Anarchistenputsch von den Monarchisten auch finanziell unterstützt worden ist. Wovon sollten sonst die anarchistischen Organisationen die Gewehre und Revolver bezahlt haben, die bei Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Aufständischen gefunden und beschlagnahmt worden sind? Kaum von den spärlich eingehenden Beiträgen ihrer Mitglieder. Wenn man dann noch die immer häufiger werdende Tatsache berücksichtigt, daß katholische Arbeiter von ihren Arbeitgebern zum Eintritt in die anarcho-syndikalistischen Gewerkschaften aufgefordert werden, nehmen die Vermutungen immer festere Gestalt an.

Was aber in republikanischen Kreisen die größte Ueberraschung hervorrief, war die Reaktion der Börse auf die revolutionären Ereignisse. Während erfahrungsgemäß bei linksrevolutionären Umsturzversuchen die Notierungen — insbesondere die staatlichen Papiere — einen beträchtlichen Sturz erfahren, zogen in den letzten Unruhetagen die Kurse auffallend stark an. Sollten die Herren mit dem vielen überflüssigen Geld — die in der übergroßen Mehrzahl sicher keine Freunde der gegenwärtigen Regierung sind — vielleicht etwas mehr darüber gemerkt haben, was auf der Straße die Revolution machte, und mit einem ganz anderen Ziel als dem der „freien kommunistischen Republik“?

Es wiederholt sich heute in Spanien das beschämende Schauspiel, daß die Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt schon in so vielen europäischen Ländern mit ansehen mußte:

Anarchisten und Kommunisten, Reaktion und Monarchisten Arm in Arm gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen Republik, Demokratie und Sozialismus.

Die spanische Regierung hat schon mehrmals Beweise dafür gegeben, daß sie ihre Gegner nicht mit Samthandschuhen anzufassen gewillt ist. Möge sie auch diesmal den Rechts- und Linksputschisten einen dicken Strich durch ihre gemeinsame Rechnung machen, möge sie das Siegel des Staatschiffes fest in der Hand behalten, mit Kurs auf die sozialistische Demokratie!

E. Sch.

Das Reichsehrenmal

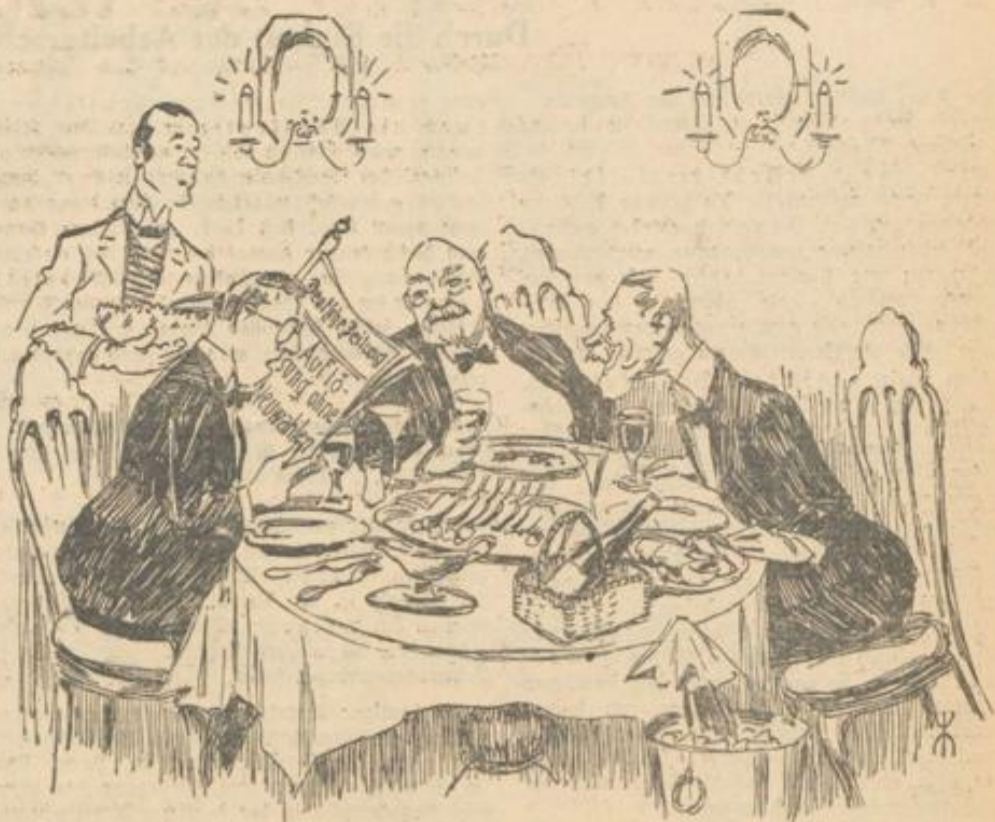
Die Entscheidung des Preisgerichts

Das von der Stiftung Reichsehrenmal berufene Preisgericht hat dem Entwurf der Professoren Bieber und Wacherie-München, dem Entwurf der Professoren Ufert, Janssen und Heinz Weigel-Stuttgart, sowie dem Entwurf von Professor Kreis-Dresden je einen Preis von 3000 Mark zugesprochen. Ferner hat der Entwurf von Regierungsbaumeister Biecken, Regierungsbaumeister Breuher, Architekt Holborn-Duisburg einen Preis von 1500 M. und der Entwurf von Diplomingenieur Pfeiffer-Haard-München in Verbindung mit dem Glockenvorschlag Otto Schilling-Apolda einen Preis von 1000 M. erhalten. Das Preisgericht hat der Stiftung Reichsehrenmal von den mit gleichen Preisen ausgezeichneten drei Entwürfen in erster Linie den Entwurf Bieber-Wacherie zur Ausführung empfohlen.

Alfons Fedor Cohn

Am Dienstag ist Regierungsrat Alfons Fedor Cohn im Alter von 55 Jahren nach längerem Leiden gestorben. Alfons Fedor Cohn, ein geborener Berliner, war ursprünglich freier Schriftsteller. Da er vielfache Beziehungen zu den nordischen Ländern hatte, so übernahm er während des Krieges den Posten eines Pressebeirats bei der deutschen Gesandtschaft in Kopenhagen. 1920 wurde er ins

Unter Ostelbiern



„Hier steht: Regierung soll den überstaatlichen Notstand proklamieren.“ — „Jroßart'je Idee! Notstand paßt immer. Das is 'n neuer Grund für Osthilfe!“

Winter auf dem Arbeitsmarkt

193 000 Erwerbslose in der ersten Januarhälfte mehr

Die Arbeitslosigkeit hat in den ersten beiden Januarwochen unter dem Einfluß des Frostes in erheblicher Umfang zugenommen. Zwar bleibt der Zuwachs mit rund 193 000 Erwerbslosen noch weit hinter der gleichen Berichtsperiode des Vorjahres, wo rund 294 000 Erwerbslose neu zu den Arbeitsämtern strömten, zurück; doch zeigt sich in der anhaltenden Verschlechterung des Arbeitsmarktes, daß die Arbeitsbeschaffungspläne der Reichsregierung bisher nur in der Theorie bestehen. Von irgendeiner Binderung der durch den scharfen Frost saisonmäßig verstärkten Arbeitslosigkeit durch Inangriffnahme der Arbeitsbeschaffung kann nach den bisherigen unerfreulichen Ergebnissen nicht die Rede sein.

Unmerklich zeigt sich, daß die Konjunkturgruppen der Industrie auch in den letzten Wochen eine ziemlich Widerstandsfähigkeit bewiesen haben und daß der Zuwachs an neuen Arbeitslosen fast ausschließlich zu Lasten der Saisongruppen geht. In den letzten sechs Wochen entwickelte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt wie folgt:

	Millionen Erwerbslose	
	1931/32	1932/33
30. November . . .	5,06	5,35
15. Dezember . . .	5,35	5,60
31. Dezember . . .	5,66	5,77
15. Januar	5,96	5,96

Seit Ende November vergangenen Jahres ist

also die Arbeitslosigkeit um rund 608 000 Personen gestiegen, während in der gleichen Periode des vorhergehenden Jahres von November 1931 bis Mitte Januar 1932 ein Zustrom von 902 000 neuen Erwerbslosen stattgefunden hat.

Das erstmalige Zusammenfallen der zum 15. Januar von den Arbeitsämtern ausgewiesenen Erwerbslosenzahl mit den Ziffern von Mitte Januar 1932, auf die der Bericht der Reichsanstalt mit besonderem Nachdruck hinweist, will so lange nichts besagen, als keine Möglichkeit einer genauen statistischen Erfassung sämtlicher Arbeitslosen in Deutschland besteht. Bei der Existenz einer unrichtbaren Arbeitslosenendree, deren Höhe man nur entfernt schätzen kann, ist jedem Zweioptimismus amtlicher Stellen bei dem Ausweis der Arbeitsamtziffern Tür und Tor geöffnet.

Im einzelnen stellt die Reichsanstalt fest, daß in der Landwirtschaft während der Berichtszeit noch größere Entlassungen stattfanden. Die Verstärkung der Belegschaften im Kohlenbergbau hat aufgehört, nur im Erzbergbau fanden Neueinstellungen statt. Bei den Hütten- und Walzwerken waren im Rheinlande und in Schlesien Neueinstellungen möglich; auch in der keramischen und Glasindustrie verbesserte sich die Beschäftigung, während in der metallverarbeitenden Industrie endlich der Schrumpfungsprozeß zum Stillstand gekommen zu sein scheint.

Auswärtige Amt übernommen und 1928 zum Regierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt. Hier hatte er das Referat für die nordischen Länder und besonders den Verkehr mit den Organisationen der ausländischen Presse wahrzunehmen.

Als Schriftsteller wie als Beamter ist er in den breitesten Kreisen des deutschen Schrifttums bekannt geworden. Eine Reihe skandinavischer Schriftsteller hat er durch seine Uebersetzungen in Deutschland bekannt und populär gemacht. Auch als dramatischer Dichter war er nicht ohne Erfolg. Der sozialdemokratischen Presse stand er durch viele Jahre als Mitarbeiter nahe. Bis zuletzt ist er auch dem „Vorwärts“ freundschaftlich verbunden geblieben.

Die Patentnationalen in Deutschland haben in den letzten Jahren immer neu eine Hege gegen ihn zu entfalten gesucht. Nicht wegen seiner Tätigkeit, sondern wegen seines Namens. Ein Zeichen unserer Kultur!

Mordstadt Sofia

Abgeordneter auf der Straße erschossen

Sofia, 24. Januar.

Am Dienstagmorgen wurde der kommunistische Abgeordnete Trajkoff von unbekanntem Missetäter in einer dunklen Straße in der Nähe des Parlaments erschossen, das er eben verlassen hatte. Trajkoff erhielt fünf Pistolenschüsse in den Kopf aus nächster Nähe und war sofort tot.

Der Ermordete ist gebürtiger Mazedonier und hat zusammen mit dem unlängst bei einem ähnlichen Anschlag schwer verletzten Markuffoff besonderen Anteil an der versuchten Bese-

wichtigung der mazedonischen Emigration. Schon zweimal in der letzten Zeit waren Anschläge auf ihn versucht worden. Nach Bekanntwerden des Mordes sammelten sich Kommunisten auf dem Platz der Kathedrale, um zu protestieren. Mit mehreren Schreckschüssen konnte die Polizei die Menge zerstreuen und einige Verhaftungen vornehmen!

Tränengasnazis verhaftet

Das Wiener Warenhaus-Attentat

Nach dem Tränengasattentat auf Publikum und Personal eines großen Wiener Warenhauses am Goldenen Sonntag hatte die Polizei eine Anzahl Halentreuzler verhaftet, die jedoch zum größten Teil vom Gericht wieder freigelassen wurden. Nun ist die Polizei durch eine detaillierte Anzeige aus dem Nazilager auf die richtige Fährte gelenkt worden und hat bereits 19 dieser „Aufbaumilgen“, darunter eine ganze Anzahl „Antswalter“, festgenommen. Die Anzeige hatte unter anderem berichtet, daß am Tage vor dem Anschlag die Torwache des Wiener „Braunen Hauses“ plötzlich von starkem Hustenreiz befallen wurde, weshalb sie einen „marginalen“ Gasangriff vermutete und das ganze Haus alarmierte. (Natürlich nicht auch die jüdischen Wohnparteien, die man dank dem Wienerjubelgeiz nicht herausbringen kann.) In einem abgeschlossenen Kellerraum, den sie mit Raschklüffeln öffneten, fanden die Torwächter den Hg. Grillmeister, der dort Tränengasfülligkeit in Flaschen füllte und die Wächter zu strengstem Stillschwoigen verpflichtete. Unter den jetzt Verhafteten ist auch dieser Grillmeister, der nach dem Anschlag aus Wien verschwunden, in Weyer festgenommen, aber wieder freigelassen war.

